
Dienst am Volk

Das Diakoniewerk Tabea und das ›Dritte Reich‹¹

Andrea Strübind

1. Einleitung und Quellenlage

»Wie leicht vergißt man Geschichte. Wir wollen dieser Gefahr nicht erliegen, sondern uns auch in Tabea im Zusammenhang mit der Geschichte sehen. Aus der Tabeageschichte lernen wir, daß nicht Menschen, sondern Gott die Geschichte macht.«² Dieses Bekenntnis zur Geschichte des Diakoniewerkes Tabea findet sich in der Festschrift zum 50jährigen Bestehen Tabeas 1949. Der Frage nach dem Schicksal der freikirchlichen Diakonie im Gegenüber zum NS-Staat wurde bisher in den Festschriften einzelner Werke nur wenig Aufmerksamkeit zuteil, und eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung steht noch aus.³ Aufgrund der Tabuisierung dieses Zeitraums waren die Verantwortlichen in den verschiedenen Diakoniewerken bis heute oft nicht zu einer selbständigen Aufarbeitung ihrer Geschichte bereit. Um so erfreulicher ist es, daß Tabea anlässlich des 100jährigen Jubiläums sich seiner ganzen Geschichte, auch des schweren Weges unter der Herrschaft des Nationalsozialismus (NS), stellen will.

Die Quellenlage innerhalb des Archivs des Diakoniewerks Tabea ist zwiespältig. Zum einen liegt eine große Fülle offizieller und halboffizieller Verlautbarungen vor (Schwesternbriefe, Rundschreiben, Protokolle, Schulungsmaterial etc.). Andererseits fehlt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die gesamte Korrespondenz aus der Zeit des »Dritten Reiches«. Die eigene Deutung der einzelnen Phasen der NS-Diktatur durch die Leitung Tabeas bleibt daher für den Forscher hinsichtlich bestimmter Fragestellungen unscharf. Bei der Rekonstruktion der verschiedenen Ereignisse ist man aufgrund der Quellenlage auch auf Material anderer Institutionen angewiesen. Dieses Kapitel ist somit nur ein erster Schritt

¹ Vollständige und um das Schlußkapitel ergänzte Fassung der in der Tabea-Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Hamburger Diakoniewerkes gekürzten Version dieses Aufsatzes (vgl. *Diakoniewerk Tabea e.V.* [Hg.], 100 Jahre Tabea: 1899-1999, Hamburg 1999, 92-121). Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung durch den Vorstand des Diakoniewerkes.

² Festschrift 50 Jahre Tabea, Hamburg 1949, 49 (Abk. FS 50 Jahre Tabea).

³ Vgl. A. Strübind, Diakonie der Freikirchen im NS-Staat, in: Diakonie Jahrbuch 1993, hg. von K.-H. Neukamm, Stuttgart 1993, 106.

der Aufarbeitung. Die nationalsozialistische Diktatur und der Zweite Weltkrieg haben die Arbeit Tabecas belastet und beschwert. Was nachfolgend dargestellt wird, ist jedenfalls nur eine Seite jener höchst komplexen Geschichte, neben der sich die Linie des stillen, treuen und auch kämpferischen Dienstes der Schwestern hindurchzieht, die um das Wohl ihrer Patienten und ein eindeutiges christliches Zeugnis in schwerer Zeit gerungen haben. Ihnen gebührt unser Respekt.

2. Die Ausgangsposition für die Auseinandersetzung mit dem NS-Staat

Die Einsatzweise der Tabecaschwestern war typisch für die gesamte freikirchliche Diakonie und hat den Weg während der NS-Diktatur entscheidend geprägt. Im Gegensatz zur landeskirchlichen Diakonie, die bereits auf ein weitverzweigtes Netz eigener Institutionen für die Krankenpflege zurückgreifen konnte, verfügten freikirchliche Diakoniewerke oft über keine selbstverantwortete Krankenhausarbeit. Die in der Krankenpflege gut ausgebildeten Schwestern wurden vielmehr in staatlichen Krankenhäusern sowie in Privatkliniken eingesetzt. An verschiedenen Orten kam es zur ›Ganzbesetzung‹ städtischer Krankenhäuser sowie zur vollständigen Übernahme der Stationsleitungen durch Diakonissen. In Tabeca entstand bereits in der Weimarer Republik der Wunsch nach einer eigenen Einrichtung als Arbeitsfeld.⁴ Dieses Vorhaben konnte mit dem Bau des Krankenhauses während des »Dritten Reiches« verwirklicht werden (s.u.). Die Auseinandersetzungen im NS-Staat beruhten auf dieser doppelten Ausgangsposition. Die Tabecaschwestern standen in »fremden« Diensten und waren teils an geographisch weit voneinander entfernten Orten eingesetzt. Daher entstanden besondere Konflikte mit den Bestrebungen des Staates, die konfessionellen Krankenschwestern durch NS-Schwestern zu ersetzen. Gleichzeitig bemühte sich die Leitung um die Genehmigung, ein eigenes Krankenhaus betreiben zu können, was einen kontinuierlichen Kontakt zu staatlichen Stellen erforderlich machte.

Zur Weichenstellung vor der politischen Wende 1933 gehört auch, daß auf Antrag der Oberin *Elisabeth Kapitzki* im Mai 1932 Pastor *Paul Pohl* als erster hauptamtlicher »Inspektor« (später Direktor genannt) berufen wurde. Die Ausweitung der Arbeit in der späten Weimarer Republik hatte wohl zu diesem Entschluß geführt.⁵ Gemeinsam haben beide, Oberin

⁴ In einem Bericht über die freikirchliche Diakoniekonferenz vom 29.10.1928 wird erwähnt, daß alle Diakoniewerke bereits über Schwesternheime und Krankenhäuser verfügten. Deshalb begann Tabeca, auf Initiative der Oberin, ebenfalls mit vorbereitenden Planungen für ein eigenes Krankenhaus. Eine staatliche Unterstützung scheint den Verantwortlichen zu diesem Zeitpunkt möglich zu sein. Vgl. PV II, ADT 1-02, 87.

⁵ Vgl. PV II, ADT 1-02, 117. Das Diakoniewerk kaufte in dieser Zeit (Anfang der 30er Jahre) – trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage – mehrere Grundstücke. Die Ausweitung der Arbeit vollzog sich durch die Übernahme weiterer Arbeitsfelder in Dresden,

und Direktor, je eigenständig den Weg Tabreas in der NS-Diktatur geprägt.⁶ Zeitgleich mit Paul Pohl wurde *Carl Neuschäfer*, Studiendirektor des Predigerseminars, im Mai 1932 zum ersten Vorsitzenden des Vorstands gewählt.

3. *Tabea in der ersten Phase des ›Dritten Reiches‹ (1933/34)*

3.1. *Reaktionen auf die Machtergreifung*

Die »euphorische Begrüßung« der Machtergreifung seitens des Centralausschusses der Inneren Mission hat in der Frühzeit der NS-Revolution kein Pendant im freikirchlichen Bereich. Zwar stellten die Verantwortlichen der Werke eine teilweise Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus im Bereich der ethischen Grundüberzeugungen fest, die vor allem durch die seinerzeit populäre Formel »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« ihren Ausdruck fand.⁷ Andererseits waren viele freikirchliche Christen aufgrund der rassistischen NS-Weltanschauung zunächst abwartend bzw. skeptisch dem neuen Regime gegenüber eingestellt. Im Protokoll der ersten Sitzung der Generalversammlung Tabreas am 27. Februar 1933, immerhin einen Monat nach der Machtergreifung, findet sich kein Wort zur politischen Lage.⁸ Die erste Reaktion besteht in einem Postscriptum zum Rundbrief an die Schwestern vom 1. März 1933: »Wegen der vielen politischen Unruhen möchten wir Sie bitten, sich doch recht ruhig und neutral zu verhalten, bei Umzügen ja die Fenster zu schließen und möglichst nicht sichtbar hinter den Fenstern zu stehen. Wir haben gerade gestern merken können, wie sehr gefährdet wir in dieser Zeit sind.« Eine Schwester hatte bereits eine Schußverletzung erhalten!

Im nächsten Rundbrief schrieb die Oberin von einer gewaltigen Umstellung, die »wahrlich nicht zum Schlechten« geschehen sei. Erst in der Berufsstunde vom 25. April 1933, also nach den entscheidenden Reichstagswahlen vom 5. März und dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März, wurden die Schwestern durch Direktor Pohl eingehend über die Einstellung des Hauses zur neuen Regierung informiert: *Erstens* hätten sich die neuen Führer zu Gott bekannt.⁹ Deshalb gelte für Tabea: »Wir nehmen

Leipzig, und Elmshorn. Die Schwestern »besetzten« regelrecht ganze Kliniken und stellten das Hauspersonal. Vgl. PV II, ADT 1-02, 127. Die Zahl der Diakonissen stieg von 155 im Jahr 1928 auf 227 im Jahr 1933.

6 Eine fundierte biographische Untersuchung beider Personen steht noch aus.

7 »Diese Herren anerkannten in der Diakonie die Verwirklichung des Grundsatzes ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹, den vorhandenen Tatbeweis des praktischen Christentums und den vorbildlichen Opfergeist. Der totale Staat suchte diese Werte für seine großen sozialen Bestrebungen nutzbar zu machen. Darum wurde uns die Umstellung auf die neuen Männer nicht a[...] schwer.« FS 50 Jahre Tabea, 27.

8 Vgl. PV II, ADT 1-02, 130.

9 Hier wird wohl auf den Tag von Potsdam am 21. März 1933 angespielt.

freudig teil an dem großen Geschehen der nationalen Erhebung unseres Volkes und erkennen in dem vollzogenen Umschwung, wie gnädig Gott uns vor dem Abgrund bewahrt hat. Wir standen ganz dicht vor dem bolschewistischen Chaos und haben nicht gehaut, in welchen furchtbaren Gefahren wir alle schwebten.« Dieses für die Zeit typische Votum, das die damals als real empfundene Gefahr eines kommunistischen Umsturzes zum Anlaß für die positive Wertung der NS-Machtergreifung nahm, wird durch eine durchgängig negative Einschätzung der Weimarer Republik unterstrichen. Es ist bemerkenswert, wie einseitig Paul Pohl als Mitglied einer Freikirche, die in ihrer Verfassung und Tradition durchaus demokratische Grundsätze vertrat, gerade die demokratische Regierungsform einer harschen Kritik unterzog.¹⁰

Zweitens betonte Pohl: »Wir stellen uns zum heutigen nationalen Staat durchaus bejahend ein.« Als biblische Belegstellen für die schriftgemäße Haltung zum Staat bezog er sich auf die für Baptisten besonders bedeutsamen Stellen Röm 13 und 1Tim 2.¹¹ Im Rückgriff auf die Lehre von der göttlichen Schöpfungsordnung, zu der neben der Familie auch der Staat gehöre, begründet Pohl die Bejahung der nationalsozialistischen Regierung.

Drittens wurde den Schwestern eindringlich empfohlen, im Blick auf politische Gespräche gleichwohl äußerst vorsichtig zu sein. Über die ersten terroristischen Maßnahmen und Ausschreitungen des Regimes gegen politische Gegner und die jüdische Bevölkerung urteilte Pohl: »Wenn die Regierung mit festem Griff den volksschädigenden Bestrebungen das Handwerk legt, so ist das ihr gutes Recht und ihre Pflicht.« Er gestand dem Staat, wie viele seiner Zeitgenossen auch, in einer schwierigen Situation auch außergewöhnliche Mittel zu. Pohl war sich dabei des fundamentalen Charakters der politischen Wende durchaus bewußt. »Die Zeit des politischen Liberalismus ist vorüber und die Zeit des verantwortungsbewußten Führerprinzips ist jetzt gekommen.« Deshalb sollte die Autorität des Staates durch Tabea grundsätzlich unterstützt werden. Erstaunlich sind in diesem Zusammenhang jedoch seine abschließenden Aussagen zur Ekklesiologie, die eine latente Kritik am Totalanspruch des Staates auf die Kirche enthalten (vgl. dazu den einsetzenden Kirchenkampf!).

So wies Pohl *viertens* darauf hin, daß die Gemeinde etwas gänzlich anderes sei als der Staat, in jedem Falle keine politische Organisation: »Die Gemeinde Christi ist kein Organ einer Partei und ihrer Einrichtungen [...]. Die Gemeinde ist das Organ des erhöhten Christus [...].«¹²

Biblisch begründete Loyalität gegenüber dem Staat war das Leitmotiv seiner Ausführungen. Dennoch fehlt eine euphorische Würdigung des

¹⁰ Diese innere Distanz zur Weimarer Republik war für die Mehrheit der Baptisten typisch. Vgl. A. Strübind, Die unfreie Freikirche, Wuppertal / Zürich ²1995, 49ff.

¹¹ Vgl. a.a.O., 40ff. 311.

¹² Rundbriefe ADT 2-01, 15.

politischen Umsturzes, wie sie in zeitgleichen kirchlichen Verlautbarungen durchaus anzutreffen war. Die Ausführungen sind eher realistisch und pragmatisch zu nennen. Die Schwestern sollten nicht in den Verdacht staatsfeindlicher Umtriebe geraten. Die Regierung habe sich darüber hinaus bis jetzt dem Christentum gegenüber »taktvoll und maßvoll« verhalten. Hinter aller Mahnung zur Loyalität und Staatsbejahung, die auch unreflektierte Anleihen bei der NS-Propaganda umfaßte, scheint zugleich ein vorsichtig skeptischer Unterton wahrnehmbar zu sein. Auffallend ist, daß Hitler namentlich nicht einmal erwähnt wird. Dieser kritische Vorbehalt hing damit zusammen, daß bereits im Frühsommer 1933 freikirchliche Diakonissenhäuser durch die Agitation von NS-Schwestern in Auseinandersetzungen mit dem Staat gerieten.¹³ Die Vertreibung von konfessionellen Schwesternschaften führte zu großen Beunruhigungen in den Diakonissenmutterhäusern, auch in Tabea (s.u.). Den Verantwortlichen der freikirchlichen Diakonie stand daher die Gefährdung ihrer gesamten Arbeit schon im Sommer 1933 vor Augen. In enger Kooperation mit der Inneren Mission sollte eine Gleichschaltung der Mutterhäuser mit den Berufsständen zunächst vermieden werden. Nachdem jedoch der »Kaiserwerther Verband« wie auch der »Zehlendorfer Verband« als Teilbereich der deutschen Arbeitsfront in die Abteilung »Gesundheitsdienst« eingegliedert worden waren¹⁴ und bereits Ende Juni die Verhandlungen mit den beiden großen Werken zur Eingliederung in die Reichsfachschaft begonnen und mit deren Vollzug am 30. Juni bzw. 7. Juli 1933 endeten,¹⁵ trat man Mitte Juli an den freikirchlichen Verband heran. Die Verantwortlichen des freikirchlichen Verbandes trafen sich am 17. Juli 1933 in Bethel-Berlin zu Beratungen über den Inhalt der vom Staat erwarteten Erklärung, die am folgenden Tag den Regierungsvertretern überreicht werden sollte.¹⁶ Die Eingliederung des freikirchlichen Verbandes war für die Verantwortlichen daher eine Konsequenz der Anschlußbemühungen anderer großer Diakonieverbände. Direktor Pohl berichtete im Rundbrief über die »Gleichschaltung« der freikirchlichen Diakonissen-Mutterhäuser am 17. Juli 1933 in Berlin.¹⁷ Die Berechtigung dieser Gleichschaltung belegte er mit dem Hinweis auf die Lage im Staat, die eine solche Maßnahme erforderlich mache. Nach reiflicher Erwägung hätten die freikirchlichen Diakonissenhäuser zugestimmt. Trotz wiederholter Loyalitätserklärung gegenüber dem neuen Staat läßt sich bei Pohl wiederum eine gewisse Reserve gegenüber dessen »Totalanspruch« erkennen: »Ferner herrschte der Wille vor, in keiner

13 Vgl. *Strübind*, Diakonie, 110.

14 Vgl. *L. Katscher*, Krankenpflege und »Drittes Reich«, Stuttgart 1990, 32f.

15 Vgl. a.a.O., 47.

16 Vgl. Brief *Füllbrandt* an Verch, 19.7.1933, Bethel-Archiv. Dazu vgl. *Katscher*, Krankenpflege, 33.

17 Vgl. Rundbriefe ADT 2-01, 20: Berufsstunde (künftig: BS) vom 1.8.1933.

Hinsicht die göttlichen Linien ... einer Nivellierung preiszugeben.« Der Staat habe jedoch ein Recht zu fordern, daß in den diakonischen Einrichtungen keine politischen Gegner bzw. Staatsfeinde Raum haben dürfen, und sei auch zur »Säuberung« berechtigt.

Die Gruß- und Flaggenfrage wurde ebenfalls auf der Diakoniekonferenz erörtert. Pohl gab den entsprechenden Erlaß zur Einführung des Hitlergrußes sowie der Hakenkreuzbeflaggung von Innenminister Frick im Wortlaut weiter. Wer nicht in den Verdacht kommen wolle, sich dem neuen Staat gegenüber bewußt ablehnend zu verhalten, der mußte seiner Meinung nach den Hitler-Gruß praktizieren. Die Vertreter des freikirchlichen Verbandes hatten sich einmütig dazu bereit erklärt, diese Richtlinien auch für die Diakonissen anzuerkennen. Bemerkenswert war die Begründung für die zukünftig übliche Beflaggung der Einrichtungen mit der Hakenkreuzfahne. Sie sei für Tabea nicht länger das Zeichen des Antisemitismus, sondern Symbol der »Erhebung zu neuem Leben«, meinte Pohl. Durch diese Anmerkung wird deutlich, daß man der Rassenideologie der nationalsozialistischen Bewegung vor der Machtergreifung offensichtlich kritisch gegenübergestanden hatte.

Den Tabeaschwestern wurde freigestellt, ob sie den Betriebszellen der jeweiligen Krankenhäuser beitreten wollten, obwohl dazu in Berlin eine eindeutige Empfehlung ausgesprochen worden war. Der Direktor gab offen zu, daß ihm die Gleichschaltung schlaflose Nächte bereitet hätte. Aber zum Trost der Schwestern fuhr er fort, daß eine »oberste Stelle« versichert habe, daß die Diakonie nicht angetastet würde. Pohl wies ausdrücklich jeden Pessimismus von sich, schloß jedoch seinen Brief mit einem apokalyptischen Ausblick auf das Ende der »Menschheitsfahrt«. Die ambivalente Haltung Pohls im Sommer 1933 läßt sich wohl am besten als eine Art taktische Loyalität bei gleichzeitig latentem Mißtrauen gegen die neue Staatsführung interpretieren. Dabei müssen im Hintergrund auch die nach wie vor ungesicherte rechtliche Position der eigenen Freikirche und die Auseinandersetzungen um das Führerprinzip innerhalb des Gemeindebundes beachtet werden.¹⁸

Ein weiterer Brief an die Schwestern, der über die denkwürdige Zusammenkunft des freikirchlichen Diakonieverbandes mit den Staatsvertretern am 17. Juli 1933 Auskunft gibt, ist in seiner Offenheit ein einmaliges Dokument.¹⁹ Unumwunden gibt Pohl in dem internen Schreiben zu, daß die Leitung Tabeas große Sorgen vor Eingriffen seitens des Staates habe und es zweifelhaft sei, ob Mutterhäuser als »Lebensgemeinschaf-

¹⁸ Vgl. *Strübind*, Freikirche, 79ff. Rundbriefe ADT 2-01, 22: BS vom 8.8.1933: Die Oberin schrieb im Blick auf die bevorstehende Bundeskonferenz, daß es wohl um die »Eingliederung« der Freikirche gehen werde, und äußerte ihre Sorge vor einer falschen Entwicklung. Auch der mögliche Zusammenschluß mit anderen Freikirchen wurde als Möglichkeit angedeutet.

¹⁹ Vgl. Rundbriefe ADT 2-01, 21.

ten« weiterhin anerkannt würden. Bei der Begegnung mit den Vertretern des Staates hätten einige Brüder »nach vorheriger Verständigung ihr Abzeichen angelegt«. Ihnen sei in dem Gespräch die Freiheit der Diakonissenhäuser zugesichert worden. Vor allem wurde der Konflikt um die Ablösung von Diakonissen durch NS-Schwwestern angesprochen, die nach Versicherung der politischen Verantwortlichen nicht länger vollzogen werden sollte. Alle Bedenken seien anlässlich der Begegnung ausgeräumt worden. Pohl erklärte noch einmal die für ihn unproblematische Konzession in der Gruß- und Flaggenfrage, bei der »Gefühlsmomente« zurückgestellt werden müßten. Eindringlich warnt er: »Jede Schwester, die sich dagegen stellt, bringt unser Werk in Gefahr; denn was sie tut, wird auf uns übertragen.«

Auch in den nachfolgenden Ermahnungen der Oberin spürt man noch die Brisanz der Situation, die eine stringente Anpassung an die Lebensumstände in einer Diktatur verlange. Dies gelte vor allem im Blick auf den Stationsalltag.²⁰ Die Oberin ermahnte ihre Schwestern, daß sie sich von den Patienten nichts Nachteiliges über die neue Regierung anhören sollten. Es sei ein Gesetz erlassen worden, daß nicht nur die »Miesmacher«, sondern auch geneigte Zuhörer mit Strafe zu rechnen hätten. Die Schwestern sollten vielmehr, sofern sie von Gegnern des Staates angesprochen würden, eine staatsbejahende Meinung an den Tag legen und Vorfälle dieser Art umgehend dem Mutterhaus melden.

Die Äußerungen der Oberin stellten eine seltsame Mischung aus freudiger Bejahung des NS-Staates und einer apolitischen, auf die religiöse Innerlichkeit fixierten Frömmigkeit dar. Sie argumentierte einerseits unter Zuhilfenahme der NS-Propaganda; gleichzeitig werden die Schwestern vor den Konsequenzen einer möglichen Überwachung durch das Telefon gewarnt. Angst vor dem totalen Staat und naive Begeisterung stehen in einem unausgewogenen Verhältnis zueinander.²¹

Pohl erwähnt die im September 1933 gegründete Diakoniegemeinschaft, in der die konfessionellen Schwestern zusammen mit der freikirchlichen Schwesternschaft in der »Reichsfachschaft« vereinigt wurden.²² Das große Verdienst der Diakoniegemeinschaft für die Wahrung der Eigenstän-

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. a.a.O., 44: Rundbrief der Oberin (wohl vom September 1934): »Beim Staatsbesuch unseres Führers in Hamburg haben wir an der allgemeinen Begeisterung unseren reichlichen Anteil gehabt. Fast alle haben wir ihn gesehen und so gut und manche bis zu 5mal, zum Teil auch nur 3mal und einige Bescheidene nur 1mal. Dazu gehöre ich auch. Aber jeder hat ihn am besten gesehen, und unsere Liebe ist nun noch viel größer als vorher. Heil Hitler!« Vgl. auch den Rundbrief ADT 2-01, 70; BS vom 2.7.1935: »Wir hatten auch die Freude, in Heiligendamm unseren Führer zu sehen und zwar mehrmals und ganz nahe! Es waren überhaupt bekannte Persönlichkeiten dort, z.B. Dr. Göbbels mit seiner kleinen Tochter Helga, mit der die Kinder aus unserem Haus gespielt haben.« Allerdings findet auch die Königin von Dänemark in diesem Zusammenhang Erwähnung!

²² Vgl. dazu: *Strübind*, Diakonie, 113ff.

digkeit der Diakonie wurde gerade von den Freikirchen anerkannt. Die in der Forschung umstrittene Diakoniegemeinschaft, allen voran die sie führende Oberin Mohrmann, die in unzähligen Konfliktfällen vermittelte, erwies sich für die Freikirchen, wie rückblickend festgestellt wurde, als probates Mittel, »um die diakonische Eigenart« der Werke zu sichern.²³ Pohl enthielt sich 1933 wertender Kommentare und informierte darüber, daß im Rahmen der Diakoniegemeinschaft auch Kurse in der NS-Weltanschauung angeboten würden, an denen er selbst sowie die Oberin teilgenommen hätten.

Im November des »Jahres der Illusion« und der größten Begeisterung für den nationalen Umbruch wurde sogar verhalten kritisch vermerkt: »Der Herr Direktor berichtet weiter, daß die leitenden Schwestern in den verschiedenen Betrieben in Anbetracht der neuen Verhältnisse es oft sehr schwer hatten, und dankt den Schwestern, daß sie durch Gottes Gnade alle durchgehalten haben.«²⁴

Im Jahresbericht 1933 steht der Dank im Vordergrund, daß »im Jahr großer Umwälzungen« alle Arbeitsbereiche erhalten blieben. »Von den Vertretern des Staates wurde uns an verschiedenen Stellen übereinstimmend gesagt, daß die sozialen und idealen Gedanken des Nationalsozialismus von der Diakonie immer schon als etwas Selbstverständliches ins Leben umgesetzt worden wären. Das praktische Christentum wird anerkannt. So sind wir auch in der neuen Zeit durchweg auf eine freundliche Haltung gestoßen.«²⁵ Vergleicht man diese Einschätzung mit anderen Stellungnahmen zum Jahresende 1933, so fällt der sachliche und unspektakuläre Stil auf, mit dem die neuen Machthaber charakterisiert werden. Von Euphorie ist hier keine Spur zu finden! Man stellte sich in Tabea vielmehr auf die neuen Verhältnisse ein und war froh, daß die Kooperation mit staatlichen Stellen gelang. Zu dieser Haltung trug sicher der Umbruch im Kinderkrankenhaus *Rothenburgsort* bei (s.u.), der den Verantwortlichen in Tabea paradigmatisch zeigte, welchen Einfluß der diktatorische Staat mit seiner Rassenideologie und seinem weltanschaulichen Totalanspruch im Bereich der Krankenfürsorge haben konnte.

Der Jahresbericht 1933 deutet die gravierenden Auseinandersetzungen nur zaghaft an. Es hätten sich ganz neue Situationen in den Krankenhäusern durch den Wechsel von Ärzten ergeben, auf deren neue Methoden sich die Schwestern gut eingestellt hätten.²⁶ Abschließend resümiert Pohl mit eher bangem Unterton als rückhaltloser Zustimmung: »Wir wünschen, daß der Geist der Hingabe an den Herrn und der Opferbereitschaft zum Wohle unseres Volkes in uns und unseren Schwestern wach bleibe. Wir haben darum zu ringen, daß wir im gegenwärtigen

23 Vgl. a.a.O., 114.

24 Vgl. PV II, ADT 1-02, 135.

25 Jahresbericht 1933, ADT 1-01, 1ff.

26 Vgl. a.a.O., 3.

Kampf der Geister fest und unbeweglich bleiben in der Gemeinschaft Jesu Christi, unseres Meisters, der uns geliebt und erlöst hat.« Auch im Jahr 1934 entwickelte sich für die Verantwortlichen in Tabea rückblickend das Verhältnis zu den staatlichen Behörden in unproblematischer Weise.²⁷ Im Jahresbericht 1934 findet sich jedoch erneut weder eine politische Stellungnahme, noch eine begeisterte Loyalitätsbezeugung gegenüber dem NS-Staat. Vielmehr wird die Dankbarkeit für die gelungene Sicherung des Werkes betont. Dieses Jahr war durch den Konflikt im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort geprägt.

3.2. Der Konflikt um das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort

Das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort – zeitweilig eines der größten Kinderkrankenhäuser Hamburgs – war aus einer 1898 privat gestifteten Kinderpoliklinik hervorgegangen.²⁸ Von Beginn an wurde das Haus durch den jüdischen Chefarzt *Dr. Carl Stamm* geführt, als dessen Lebenswerk die Entwicklung des Krankenhauses gelten kann.²⁹ Die Klinik war auf Säuglingsfürsorge spezialisiert. In dem 1922 in Betrieb genommenen Krankenhausneubau übernahmen Tabeaschwester die Pflege, die darin von den 50 Schülerinnen der im selben Jahr gegründeten »Säuglings- und Kinderpflegerinnenschule« unterstützt wurden.³⁰ Diakonisse Sophie Lepinat gehörte seit 1922 dem Verwaltungsausschuß des Krankenhauses an.³¹ Nach der Machtergreifung wurde bereits Ende Juni beschlossen, den Verwaltungsausschuß neu zu wählen.³² Im Oktober 1933 kam es nach 35jähriger leitender Tätigkeit zur Entlassung des jüdischen Arztes *Dr. Stamm* und auch seines Kollegen *Dr. Hertz*.³³ An den Eintragungen des Vereinsregisters wird deutlich, daß innerhalb von wenigen

²⁷ Jahresbericht 1934, ADT 1-02, 4: »Unser Verkehr mit den Behörden unserer Stadt vollzieht sich auch in dieser Zeit in durchaus normalen Bahnen und hat keinerlei Belastung erfahren.«

²⁸ Vgl. *A. Kreßin*, Die Entstehung der Hamburger Krankenanstalten, Hamburg 1959, 177; *G. Ruhrmann / W. Holthusen*, Das Kinderkrankenhaus Hamburg-Rothenburgsort (1898-1982) – seine Entstehungsgeschichte und sein Ende, in: Hamburger Ärzteblatt 40 (1986), H. 10, 312-316; H. 11, 363-365; H. 12, 403-407; *Verein Kinderkrankenhaus Rothenburgsort*, Festschrift 80 Jahre Kinderheilkunde in Rothenburgsort, Hamburg 1978.

²⁹ Vgl. Festschrift 80 Jahre, 10. *Dr. Stamm* war der Hausarzt des Stifters; Hamburger Staatsarchiv, Amtsgericht Hamburg Vereinsregister, B 1997- Band 1, Protokoll der Vereinsgründung. »Hier haben wir es zu tun mit dem Lebenswerk von Herrn *Dr. Stamm*.« A.a.O., 86.

³⁰ Vgl. Festschrift 80 Jahre, 12.

³¹ Vgl. Hamburger Staatsarchiv, Amtsgericht Hamburg Vereinsregister, B 1997- Band 1, 73.

³² Vgl. a.a.O., 101.

³³ Vgl. Rundbriefe ADT 2-01, 27: »In der Berufsstunde (BS) vom 3.10.1933 berichtet die Oberin von vielen Änderungen auf den Arbeitsgebieten. Manche Schwestern mußten zusehen, wie Menschen ausschieden, mit denen sie gerne gearbeitet hätten. Vermutlich wird hier auf die Situation in Rothenburgsort angespielt.«

Monaten ein gänzlich neuer Personenkreis die Verantwortung für den Verein und die Krankenhausarbeit übernahm. Diese radikale personelle Anpassung an die veränderten politischen Verhältnisse hat die leitende Schwester Sophie Lepinat in den sicher sehr schwierigen und kontroversen Verhandlungen hautnah miterlebt. »Das Ausscheiden von Dr. Stamm erschütterte das Vertrauen der Bevölkerung zum Krankenhaus, und die Belegung ging dramatisch zurück.«³⁴

Als neuer Chefarzt folgte *Dr. W. Bayer*, der in enger Kooperation mit den NS-Machthabern die weitere Entwicklung prägte.³⁵ Das Krankenhaus wurde der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) unterstellt, wodurch der Gesundheitsverwaltung nach einer Satzungsänderung einschneidende Kompetenzen eingeräumt wurden.³⁶ Dem Gauamtsleiter wurden unter Aussetzung des formalen Vereinsrechts im März 1934 Befugnisse zugestanden, die die nationalsozialistische Ausrichtung im Vorstand und in der Mitgliederversammlung sichern sollten. Wiederholt hatte sich die frühere Leitung vergeblich um die Genehmigung einer Infektionsabteilung bemüht.³⁷ Die Gesundheitsbehörde knüpfte ihre Zustimmung zu den erneut – nun von Dr. Bayer – vorgebrachten Plänen für eine Infektionsstation an die Bedingung, daß die Tabeaschwestern durch eine nationalsozialistische Schwesternschaft abgelöst werden müßten.³⁸ Im Tabea-Jahresbericht von 1934 wurde über die Situation im Herbst informiert, in der der Verlust der Arbeit in Rothenburgsort nach 12 Jahren drohte. »Die N.S.V. wollte dort N.S.V.-Schwestern (Braune Schwestern) einsetzen.«³⁹ Vorerst konnte jedoch die Ablösung durch Verhandlungen und letztlich durch den Einsatz des mit Tabea verbundenen Senators Ahrens abgewendet werden.⁴⁰ Allerdings wurden die Gehälter der Schwestern ge-

34 Vgl. *Ruhrmann / Holthusen*, Kinderkrankenhaus, HÄB 11/86, 363.

35 Vgl. Festschrift 80 Jahre, 12.

36 Vgl. Hamburger Staatsarchiv, Amtsgericht Hamburg Vereinsregister, B 1997- Band 1, 155.

37 Vgl. Festschrift 80 Jahre, 12.

38 Vgl. ebd. »Ursprünglich wurde von der Behörde die Genehmigung davon abhängig gemacht, daß das Krankenhaus die Diakonissen entlassen und zum Mutterhaus für »Braune Schwestern« werden sollte. Die Entlassung der Tabea-Schwestern konnte nicht umgangen werden.« (*Ruhrmann / Holthusen*, Kinderkrankenhaus, HÄB 11/86, 364).

39 Vgl. Jahresbericht 1934, ADT 1-102, 4f.

40 Vgl. PV II, ADT 1-02, 146. Protokoll vom 25.11.1934: »Eine in Aussicht stehende Ablösung unserer Schwesternschaft durch N.S. Schwestern im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort machte uns viele Sorgen. Durch eine gütige Fügung ist es uns gestattet dort weiter arbeiten zu dürfen, wir sind von Herzen dankbar dafür.« In einem undatierten Presseauschnitt (wahrscheinlich Ende 1934 / Anfang 1935) wird über das Kinderkrankenhaus, seinen neuen Chefarzt und die geplante Infektionsstation berichtet. »Die Krankenpflege liegt in den Händen von Schwestern des Diakonissenhauses Tabea in Altona und ihrer Schülerinnen, von denen nach zweijährigem Lehrgang bis heute schon weit über hundert junge Mädchen und Frauen vor der Ärzteschaft des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort ihre Berufseignung durch erfolgreiche Prüfung dargelegt haben.« Staatsarchiv Hamburg Zeitschriftenauschnittssammlung, A 834.

kürzt.⁴¹ Im September 1935 war die Situation derart eskaliert, daß die 27 Tabeaschwestern endgültig die Arbeit in Rothenburgsort aufgeben mußten, »weil kein Vertrauen mehr da ist.«⁴² In den Rundbriefen wird zu dieser Konfliktsituation keine eindeutige Stellung mehr bezogen. Es wurden lediglich bedeutende Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit eingeräumt, wobei wichtige Grundsätze biblischer Diakonie auf dem Spiel stünden. Deshalb habe Tabea die Arbeit gekündigt, denn »... was nützt uns eine Arbeit, bei der wir unsere Seele schließlich verlieren.«⁴³ Bedauerlicherweise kann man aus den wenigen Aussagen der Quellen nur noch erahnen, welche Kämpfe in diesem Haus nach der rücksichtslosen politischen Umgestaltung vorgingen. Im Jahresbericht wird hervorgehoben, daß die Schwestern sich in dieser Konfliktsituation vorzüglich verhalten hätten, »bis auf eine junge Schwester, die sich vom Arzt als ›Freie Schwester‹ bewegen ließ, während andere Schwestern das an sie auch gerichtet gewesene Ansinnen als unwürdig ablehnten. So klippen- und gefahrenreich die letzten Wochen waren, so gnädig half der Herr.«⁴⁴ Aus dieser Bemerkung wird deutlich, daß die Schwestern mit Aussichten auf berufliche Karriere und finanzielle Vorteile zum Austritt aus der Schwesternschaft angehalten wurden. Wie gravierend die Auseinandersetzung um das langjährige Arbeitsfeld war, zeigt die abschließende Wertung: »Wir sind gegangen, um die Seele der Schwestern zu retten und zur Wiedererlangung unserer Handlungsfreiheit.«⁴⁵ Geradezu prophetisch erscheint diese Deutung, wenn man auf die weitere Entwicklung in Rothenburgsort sieht. In der Kinderklinik wurden in den Jahren 1941-1945 im Zuge des NS-Euthanasieprogramms in der sogenannten »Kinderfachabteilung« Tötungen von mindestens 50 behinderten und unheilbar kranken Kindern vorgenommen.⁴⁶ 1941 entzog sich der vormalige jüdische Arzt, Dr. Stamm, gemeinsam mit seiner Frau durch Selbstmord der drohenden Deportation.⁴⁷ Die Schwestern wurden durch die Ablösung vor weiteren Gewissenskonflikten bewahrt. Dennoch sind die Vorgänge in Rothenburgsort für Tabea sehr folgenreich gewesen. Ein wichtiges Arbeitsfeld in Hamburg, in dem 27 Diakonissen in der Pflege und in der Krankenpflegeschule

41 Vgl. *Strübind*, Diakonie, 10.

42 PV II, ADT 1-02, 151.

43 Rundbriefe ADT 2-01, 74: BS 13.8.1935.

44 Jahresbericht 1935, ADT 1-103, 6f.

45 A.a.O., 7.

46 Vgl. *A. Götz*, Der Mord an behinderten Hamburger Kindern zwischen 1939 und 1945, in: *A. Ebbinghaus / H. Kaupen-Haas / K.H. Roth*, Heilen und Vernichten im Mustangau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, 148ff.

47 Vgl. *Ruhrmann / Holthusen*, Kinderkrankenhaus, HÄB 11/86, 363. Stamm blieb »seinem« Kinderkrankenhaus auch nach der Entlassung verbunden und vermittelte ihm sogar 1938 noch die finanziellen Mittel einer jüdischen Stiftung, deren Kuratorium er angehörte. Vgl. Hamburger Staatsarchiv, Richard Sellmar Stiftung, B 361.

verantwortlich gearbeitet hatten, ging unter dem Einfluß der NS-Behörden schlagartig verloren. Die direkten Folgen der Ereignisse in Rothenburgsort zeigen sich m.E. in der Vorgehensweise der Verantwortlichen Tabreas in Darmstadt (s.u.). Der Fall »Rothenburgsort« ist ein wichtiger historischer Beleg für die von der NSV verfolgte Politik, die konfessionellen Schwestern im Krankenpflegebereich sukzessiv durch NS-Schwestern zu ersetzen und schließlich ganz auszuschalten. Für ein freikirchliches Diakonissenhaus, das (nur) 227 Schwestern umfaßte, waren der Verlust eines renommierten Arbeitsfeldes und der zeitweilige Verdienstaufschlag von 27 Schwestern ein gravierender Einschnitt. Weit mehr als die landeskirchlichen wurden die freikirchlichen Diakoniewerke von dieser Maßnahme betroffen, weil es dabei auch um den Erhalt ihrer wirtschaftlichen Grundlage ging. Aber auch für das Krankenhaus bedeutete der Ausschluß der Tabreaschwestern eine ernste Belastung, »denn in dem Schreiben einer besorgten Mutter an die Gesundheitsbehörde ist davon die Rede: ›Richtige Schwestern gibt es dort nicht mehr viele, und die es dort gibt, sind krank oder überarbeitet.«⁴⁸

3.3. Einfluß der NS-Ideologie

Im Jahresbericht 1933 wird festgehalten, daß zum Fächerkanon bei der Schwesternausbildung nun auch »nationale Weltanschauung« gehörte.⁴⁹ Die Oberin klagte zu Beginn des Jahres 1934 über die neuen Richtlinien für das Krankenpflegeexamen, in das auch die nationalsozialistische Rassenlehre als Teil der Ausbildung Aufnahme gefunden hatte, die vorwiegend von staatlichen Leuten unterrichtet werden sollte.⁵⁰ Probeschwestern mußten sich über die NS-Weltanschauung informieren und auch Kursus-Schwestern waren darauf angewiesen, weltanschauliche Grundlagen für das Examen zu lernen. Durch Richtlinien und Vorschriften der NSV sollte auf diese Weise eine ideologische Durchdringung der konfessionellen Einrichtungen erreicht werden. Man versuchte im diakonischen Bereich oft durch »eigene« Lehrkräfte diesen Auflagen zu entsprechen, um gleichzeitig den ideologischen Einfluß von außen möglichst gering zu halten.⁵¹

Ein besonders krasses Beispiel dafür, daß auch diese selbstverantworteten »Weltanschauungsstunden« durchaus ungefiltertes NS-Gedankengut transportierten, ist eine Berufsstunde, die am 6. Februar 1934 vom Vor-

⁴⁸ Festschrift 80 Jahre, 13.

⁴⁹ Vgl. ADT 1-01, 5.

⁵⁰ Vgl. Rundbriefe ADT 2-01, 35: BS vom 30.1.1934.

⁵¹ Diese Taktik konnte im Verlauf der NS-Diktatur nicht aufrechterhalten werden. Vgl. Jahresbericht 1941, ADT 1-109, 4: Zur Schwesternschule heißt es dort: »Neben dem fachlichen Unterrichte erfolgt durch einen Beauftragten der NSDAP auch die vorgeschriebene weltanschauliche Schulung. An letzterer nehmen, soweit es der Dienst erlaubt, auch die andern Schwestern und das Personal teil.«

sitzenden Carl Neuschäfer gehalten wurde.⁵² Er deutete die politische Wende von 1933 als eine Tat Gottes. Auch er beschwor dabei vollmundig den Abschied vom liberalen Zeitalter. Besonders anstößig sind jedoch die völkischen und rassistischen Äußerungen des Vortrags. Deutschland sollte demnach wieder eine Heimat für Deutsche sein. »Das ist selbstverständlich, daß die Deutschen blutmässig zusammengehören, damit verbindet sich die Ausscheidung aller Nichtdeutschen aus dem öffentlichen Leben. Das ist erst hart, ist aber als Grundeinstellung unbedingt erforderlich und verständlich. Die Zuwanderung von Ostjuden und anderen schmarotzenden Einwanderern wird bewußt unterbunden.« Ohne jede kritische Reflexion entfaltete Neuschäfer die Gedanken der »Rassenhygiene« und der »Aufnordnung« der Deutschen. Einhergehend mit diesen Ausführungen zur Rassenlehre, pries Neuschäfer den Kollektivismus, gefolgt von z.T. schwer erträglichen Aussagen gegen den Parlamentarismus und den Reichstag als »Schwatzbude«. Der ganze Vortrag entspricht in vollem Umfang der Nazi-propaganda. Damit sticht er aus den vorangegangenen Äußerungen der Leitung Tabeas deutlich hervor, waren diese doch bisher von eher taktischen Erwägungen und keineswegs von rückhaltloser Begeisterung geprägt gewesen. Selbst wenn man annimmt, daß hier nationalsozialistisches Material verwendet bzw. zitiert wurde, muß das Fehlen jeder kritischen Konnotation verwundern. In seinem Bericht über eine Diakoniekonferenz im Oktober 1934 berichtete Direktor Pohl erneut über die harten Auseinandersetzungen der konfessionellen Schwesternschaften mit den »braunen Schwestern.«⁵³ In den NS-Medien wurden polemische Angriffe gegen Diakonissen veröffentlicht. Die »braunen Schwesternschaften« seien von der NSV gegründet worden, um die Diakonissen aus den Arbeiten zu verdrängen. Obwohl am 5. Januar 1934 deren Auflösung verfügt wurde, sei es zur Neugründung gekommen. Im Laufe der Zeit wurde ein ›Idealbild‹ der ›braunen Schwester‹ propagiert, die sich in ihrem Beruf für die Verbreitung und Verwirklichung der NS-Weltanschauung einsetzen sollte, das »auf dem Hintergrund eines abwertenden Gegenbildes der bisherigen, christlichen Schwester«⁵⁴ aufbaute.⁵⁵ Diese Auseinandersetzung entwik-

52 Vgl. Rundbriefe ADT 2-01, 36.

53 Vgl. a.a.O., 48: BS 16.10.1934.

54 Vgl. *Katscher*, Krankenpflege, 63.

55 »In unserer Erinnerung sind noch die Versuche lebendig, Scharen von ›braunen Schwestern‹ und ›NS-Schwestern‹ als Propagandistinnen des Nationalsozialismus förmlich aus dem Boden zu stampfen und sie überall an die Stelle der Diakonissen zu setzen. Wie zu erwarten war, gelang das längst nicht überall, aber aus vielen öffentlichen Krankenhäusern mußten die Diakonissen weichen und viele Kindergärten wurden einfach den Diakonissen genommen, weil die Jugenderziehung mehr und mehr zu einem Privileg der Partei und ihrer Gliederungen wurde.« FS 50 Jahre Tabea, 27.

kelte sich für Tabea zu einem durchgängigen Thema, mit dem sich vor allem der Direktor wiederholt in Vorträgen und Artikeln beschäftigte.⁵⁶

4. Tabea im Weltanschauungskampf (1935-1939)

4.1. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der völkischen Ideologie

Der »Weltanschauungskampf«, der 1935 durch die vom Staat geförderte Propaganda der völkischen Bewegung ausgelöst wurde, prägte auch die Themen der Berufsstunden und Vorträge in Tabea. Paul Pohl setzte sich wiederholt kritisch mit der rassistischen Ideologie Rosenbergs auseinander. Ähnlich wie auch in den Gemeinden meinte man – in Verkenning des tatsächlichen Zusammenhangs von Ideologie und NS-Staat –, sich gegen die Weltanschauung aussprechen zu können, ohne die grundsätzliche Loyalität zur Staatsführung dadurch in Frage zu stellen. Pohl profilierte in diesem Sinne das christliche Ethos: »Die christliche Liebe umfaßt alle Menschen, ohne dabei die natürlichen Unterschiede der Völker und Rassen beseitigen zu wollen. Sie umfaßt sie aber als Gleichheit in dem Sinne, als die Menschen ohne Unterschied der Rassen und Völker vor Gott stehen als Sünder und Begnadigte. Es bleibt dabei: Der Weg zum Nächsten ist die Liebe.«⁵⁷ Angesichts der NS-Propaganda zur Eugenik bekannte er mutig, daß auch behindertes Leben vor Gott heilig sei. Behinderte seien keinesfalls ausgeschlossen von der Erlösung. Selbst »charakterlich minderwertige« Menschen könnten durch die schöpferische Kraft Gottes die Ketten der natürlichen Veranlagung sprengen.

⁵⁶ Bereits in den Jahresberichten 1935/36 wird über viele Austritte aus der Schwesternschaft berichtet! Vgl. ADT 1-103, 6f und ADT 1-104, 3. Besonders schwerwiegend erwies sich die Abwerbung z.Z. des Krieges. Vgl. PV II, ADT 1-02, 194: Einige Schwestern traten 1941 aus, um sich freien Schwesternschaften anzuschließen. Als Antwort auf propagandistische Angriffe gegen die Diakonissen gab Pohl 1938 die Schrift heraus: »Ist eine Diakonisse lebensbejahend?« (ADT 9-05, 22), die in der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum enthalten ist. Dort beklagte er, daß die Forderung des NS in den Medien nach lebensbejahenden Schwestern gegen die Diakonissen gerichtet sei (1). Neben pflegerische Aufgaben sollte nach dem Willen des Staates zur Erhaltung von Volk und Rasse auch die weltanschauliche Betreuung treten. Pohl wehrte sich gegen die Unterstellung, daß die Diakonissenhäuser klösterlich abgeschieden seien. Der Direktor versuchte offensichtlich, in der Presse breitgetretenen Vorurteilen (»schwacherzige Mitleidsmoral«, »lebensentsagendes Märtyrertum«) gegen Diakonissen zu begegnen, galten die Schwestern doch als »unerwünschtes Passivum im Volkskörper«! Pohl resümierte dagegen: »So gesehen ist die Diakonisse ein nicht zu unterschätzender Lebensfaktor innerhalb des deutschen Volkskörpers. [...] Sie fühlt diese Verantwortung nicht allein vom Standpunkt des völkischen Ideals, bei dem es um die Erhaltung von Volk und Rasse geht; mehr noch als von daher fühlt sie ihre Verantwortung zur Krankenseelsorge vom Evangelium Christi her.«

⁵⁷ Rundbriefe, ADT 2-01, 78; BS 24.9.1935.

Anläßlich einer Frauendienstlehrwoche 1936 analysierte Pohl kenntnisreich den Totalanspruch der NS-Diktatur.⁵⁸ Daran schloß sich eine schonungslose und zugleich hellsichtige Kritik am Neuheidentum an, wobei auf dessen gefährliche Konsequenzen für die öffentliche Meinung und besonders die Jugend hingewiesen wurde. »Die Atmosphäre der Ablehnung des Alten Testaments dringt durch bis in das Idyll fast jedes Hauses. Der Ruf, alles Christliche im Sinne des alten Bibelglaubens nur noch im Verborgenen zu dulden und es für das öffentliche Leben zu etwas Unmöglichem zu erklären, wirkt auf die ja schon lange glaubenslos gewordenen Massen immer mehr ein. Es kostet dem Einzelnen mehr Mut als in der liberalistischen Zeit, sich zu dem Christus der Bibel zu bekennen.« Auch zur kirchlichen Situation äußerte er sich ohne Beschönigung. Angesichts des Kirchenkampfes sei die Volkskirche stark angeschlagen, und die Bekennende Kirche leide unter gesellschaftlicher Ächtung. Die Freikirchen galten s.E. nur als Sekten. Viele Christen wichen daher den Glaubenskonflikten aus.

In diesem Vortrag überrascht die durch und durch pessimistische Zeitanalyse und Prognose. »Immer mehr wird es zum Wagnis, von der ganzen Bibel her Arbeit an den Menschen zu tun. Immer mehr wird es zum Wagnis, von der herausgerufenen Glaubensgemeinde her Ansprüche an unsere Volksgenossen zu richten.« Pohl sah voraus, daß die Diakonie sukzessiv zu einem »Winkeldasein« verurteilt werden würde.⁵⁹ Die Arbeit an Kindern müsse dementsprechend den NS-Einrichtungen übergeben werden. Die Diakonie sei fernerhin nur noch gut genug für die Alten, Behinderten und Sterbenden.⁶⁰ In ähnlicher Weise beurteilt Pohl die Veränderungen durch den Totalanspruch des NS-Staates im pflegerischen Bereich.⁶¹ Leidenschaftlich argumentiert er, um den Nachweis zu erbringen, daß die Diakonie im Namen Jesu ein wichtiger Dienst am Volk sei. »Ist nicht der Name Jesu rassenmäßig hinreichend genug belastet, als daß man ihn und seinen Geist noch einbauen dürfte in unser Volksleben, aus dem jetzt alle artfremde Elemente entfernt werden sollen?« Aus dem Kampf gegen die völkische Bewegung nimmt er, ähnlich wie viele Christen seiner Zeit, den Führer aus, dem er vielmehr für die Erneuerung des nationalen Selbstbewußtseins dankt. Die Berichte nach 1936 enthalten dann kaum noch Informationen zur politischen oder kirchlichen Lage. Die Rundbriefe veränderten zunehmend ihren

⁵⁸ Vgl. ADT 9-06, 27ff.: »Der totale Staat des 3. Reiches beherrscht den gesamten Lebensraum des Volkes bis hinein in die seelischen Gebiete des einzelnen Menschen.«

⁵⁹ Vgl. ADT 2-01, 90: BS 14.1.1936.

⁶⁰ Dem entspricht der Jahresbericht 1936, ADT 1-104, 4: Die Arbeit in einem Kinderheim in Großborstel mußte auf Wunsch der NSV aufgegeben und an sie abgetreten werden.

⁶¹ Vgl. ADT 9-06, 30: Vortrag zur Diakonie als Dienst am Volk im Namen Jesu, gehalten auf der Diakoniekonferenz 20.-21.5.1937 in Berlin. »Das Eigenrecht des Staates auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege wird jetzt mit unüberbietbarer Energie betont.«

Charakter und wurden im Tonfall immer familiärer. Die biblischen Be-sinnungen sind bis in die Kriegszeit hinein rein erwecklicher Natur. Diese Beobachtung entspricht der Linie des Bundes, der mit der Bundeskonferenz 1936 den Rückzug aus dem öffentlichen Leben in die Gemeinde antrat.⁶²

4.2. Der Konflikt in Darmstadt um die Person von Dr. Wolff

Es ist interessant, daß abgesehen von den Akten des Krankenhauses Tabea fast die einzigen Korrespondenzen aus der Zeit des »Dritten Reichs« über das Darmstädter Arbeitsfeld erhalten geblieben sind. Seit 1925 arbeiteten Tabea-Diakonissen in einer Privatfrauenklinik und Entbindungsanstalt, die von Dr. Hoffmann und dem jüdischen Arzt Dr. Wolff in Darmstadt geleitet wurde.⁶³ Eine Diakonisse war darüber hinaus auch in der Privatpflege für die Familie Dr. Wolffs tätig, wodurch sich ein vertrautes Verhältnis zur Schwesternschaft entwickelte.⁶⁴ Auch durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Klinik in der späten Weimarer Republik hindurch blieben die Schwestern mittels immer neuer Vereinbarungen der Arbeit treu. Das gilt auch für die ersten Jahre der Diktatur, die nach Ausweis der Quellen – abgesehen von einem Konflikt um die Weiterbeschäftigung von Frau Wolff in der Klinik – keine außergewöhnlichen Auseinandersetzungen brachten.⁶⁵

Im November 1935, zwei Monate nach der Aufgabe der Arbeit in Rothenburgsort, kam es dagegen zu der entscheidenden Wende, bei der die Sicherung des Arbeitsfeldes für Tabea im Vordergrund stand.⁶⁶ In einem Brief vom 12. November 1935 an den »arischen« Partner, Dr. Hoffmann, äußerte sich Tabea unter Hinweis auf die neuen Rassengesetze zur nunmehr problematischen Situation in der Klinik.⁶⁷ »Es ist bekannt geworden, daß ihre Klinik als ein jüdisches Haus angesehen und entsprechend behandelt wird.« Obwohl die Rassengesetze noch nicht für Kliniken und Krankenhäuser galten, wollte Tabea »mit dem Empfinden unserer Schwestern rechnen, denen wir nicht die Pflicht auferlegen können, in

62 Vgl. Strübind, Freikirche, 206ff.

63 Vgl. ADT 7-04, 1: Brief Dr. Hoffmann an Oberin 11.11.1924: »Gemeinsam mit dem Frauenarzt Dr. Wolff beabsichtige ich etwa Mitte Januar 1925 hier in Darmstadt eine Privatfrauenklinik mit ca. 20 Betten zu eröffnen.« In diesem Zusammenhang bat er darum, daß man ihm 6 oder 7 Diakonissen zur Verfügung stellte. Diese wurden ihm zugesagt. Vgl. Brief Oberin an Dr. Hoffmann 15.11.1924 (a.a.O., 2).

64 Vgl. a.a.O., 26: Oberin an Dr. Wolff 19.2.1927.

65 Vgl. a.a.O., 52-65.

66 Vgl. ADT 2-01. Rundbrief 22.10.1935, 82: Die Oberin ruft zur Fürbitte für die Darmstädter Schwestern auf. »Da noch Herr Dr. Wolff in der Klinik ist, häufen sich die Schwierigkeiten dort sehr, und die Schwestern arbeiten recht unter Druck. Gerade die Darmstädter Arbeit möchten wir doch gerne behalten. Möchte der Herr doch bald eine Lösung geben.«

67 Vgl. ADT 7-04, 66.

so einem Haus zu arbeiten.« Man muß hierbei beachten, daß von juristischer Seite zu diesem Zeitpunkt noch kein zwingender Grund vorlag, die Zusammenarbeit mit jüdischen Ärzten in Frage zu stellen. Im Hintergrund stand jedoch die Sorge, daß die Anwendung der Rassengesetze auf die Klinik auch den Dienst der anderen 60 Diakonissen, die in städtischen Betrieben arbeiteten, in Gefahr brächten. Dem Mutterhaus würde daraus »unermeßlicher Schaden« entstehen. »Der Kernpunkt unseres Anliegens stellt Sie, sehr geehrter Herr Doktor, vor die Frage, ob Sie Schritte unternehmen können, welche für Ihre Klinik die Wiederherstellung des arischen Charakters gewährleisten, so daß unsere Schwestern unangefochten ihren Dienst dort weiter tun können.« Die Spannungen hätten im Lauf der Zeit ihren Dienst sehr erschwert. »Es ergeben sich auch für unsere Schwestern, von ihrer Stellung zum 3. Reich gesehen, allerlei Konflikte, die wir ihnen für die Zukunft ersparen wollen.« Hier wird die Gefahr angedeutet, daß Schwestern austreten könnten, wovon zuvor nie die Rede gewesen war. Seitens der Leitung Tabecas wurde ultimativ gedroht, die Schwestern abzuziehen. »Die in letzter Zeit in der Klinik vorgenommenen jüdischen Kulthandlungen [= Beschneidungen, Anm.] und das Verlangen nach koscherer Verpflegung usw. haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit geradezu auf den nichtarischen Charakter der Klinik hingelenkt. Dies ist zum Teil in sehr auffälliger Weise geschehen.« Diese Dinge sollten zum Wohl der Schwestern abgestellt werden. Abschließend wurde versichert: »Wir möchten mit unserem heutigen Anliegen Ihrem sehr geschätzten Kollegen, Herrn Dr. Wolff, in keiner Weise persönlich nahe treten.« Die Rücksicht auf die Belange des Mutterhauses sei vielmehr der ausschlaggebende Grund.⁶⁸ In gleicher Weise wurde auch im Protokoll vom 25. November 1935 über das Darmstädter Arbeitsfeld berichtet.⁶⁹ Es hätten sich grundsätzliche Spannungen zwischen den Ärzten ergeben. Tabeca drohte nun mit dem Abzug der Diakonissen und bot eine Weiterarbeit nur für den Fall an, daß es sich in Zukunft um ein »arisches Unternehmen handelt«. Daraufhin entschloß sich der »jüdische« Arzt zum Rücktritt.⁷⁰ Daß dies

68 Vgl. a.a.O., 67; innerhalb der Korrespondenz wird dieser Brief erstmalig mit dem »Hitlergruß« unterzeichnet. Kann das als ein Hinweis auf den taktischen Charakter des Briefes gewertet werden? Sollte Dr. Hoffmann diesen Brief auch öffentlich verwenden?

69 Vgl. PV II, ADT 1-02, S. 155: »Da die dortige Klinik von einem Arier und einem Nichtarier geleitet wird, wird dieselbe jetzt als jüdisches Unternehmen angesehen.« Dr. Wolff übe kultische Handlungen aus, die Aufsehen erregten.

70 Vgl. ADT 7-04, 70: Brief Hoffmann an Oberin und Direktor vom 16.11.1935 (vier Tage nach dem Drohbrief aus Tabeca!). Hoffmann teilt darin mit, Wolff habe »in sachlicher Würdigung der gegenwärtigen Lage beschlossen, am Ende dieses Jahres aus der Klinik auszuschcheiden.« Er schied zugleich aus dem Vertrag aus, der mit Tabeca geschlossen wurde. Vgl. a.a.O., 71: Brief Tabeca an Wolff 18.11.1935. Darin bestätigte Tabeca den Eingang des Briefes. Man versichert Wolff, daß der Brief keinesfalls aus persönlicher Antipathie geschrieben worden sei, »sondern diktiert wurde von den sachlichen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage.« Die Schwestern würden immer gern an die harmonische Zusam-

ein *fait accompli* auf Anregung des anderen, »arischen« Arztes war, der daraufhin allein die Leitung übernahm, ist offensichtlich. In einem Schreiben vom 22. November 1935 äußert sich die Oberin dementsprechend gegenüber Dr. Hoffmann: »Auch möchte ich noch persönlich zum Ausdruck bringen, sehr geehrter Herr Doktor, wie schwer es uns gefallen ist, mit dazu beizutragen, Herrn Dr. Wolff vor die letzte Entscheidung zu stellen. Wir haben in den letzten 10 Jahren in so gutem Einvernehmen gearbeitet!« Die Oberin betonte jedoch, daß Tabea seine Interessen unter den gegebenen Umständen wahren müsse. »Das wird hoffentlich auch Herr Dr. Wolff verstehen.« Die Entscheidung wurde den Schwestern mit der gleichlautenden Argumentation mitgeteilt.

Ganz anders klingt dagegen die Information im Jahresbericht 1935.⁷¹ Dort heißt es zum zwangsweisen Rücktritt von Dr. Wolff: »Ein schmerzlich-notwendiges Scheiden; denn wir schätzten den Herrn und waren ihm stets gut verbunden, aber er bedeutete als Nichtarier für die Arbeit je länger je mehr eine die ganze Arbeit gefährdende Belastung.« Als Begründung wird hier in keiner Weise eine Zustimmung zur Rassenlehre abgegeben, wie sie in der Korrespondenz anklang; vielmehr erscheint die Gefährdung der ganzen Arbeit Tabreas als Hauptmotiv.

Zur Deutung der Ereignisse in Darmstadt muß man die schwierige Situation nach den Erfahrungen in Rothenburgsort einbeziehen. Tabea sah seine gesamte Arbeit in allen städtischen Häusern als gefährdet an. Deshalb entschloß man sich im vorausgehenden Gehorsam zur öffentlichen Distanzierung von dem jüdischen Partner. Ein bewegendes Schreiben seiner Frau unterstreicht die schwerwiegenden Konsequenzen dieses Schrittes für die gesamte Familie Wolff.⁷² Bei allem Verständnis für die taktischen Motive Tabreas in einer Krisensituation zum Jahresende 1935 trifft die Klage der enttäuschten Frau Wolff auch heute noch das Gewissen und mahnt uns an die Opfer des Unrechtssystems zu denken. Dort heißt es: »So hat es mich doppelt tief getroffen, daß von Ihnen, die Sie doch in sozialem und christlichem Empfinden Ihre Lebensaufgabe sehen, der Anstoß ausging, der meinen Mann und uns alle brotlos gemacht hat.« Direktor Pohl hätte doch immer erklärt, daß, solange keine zwin-

menarbeit denken. Vgl. auch die Rundbriefe, ADT 2-01, 86: BS 26.11.1935 Pohl berichtete dabei über Darmstadt: »Heute wollen wir ihnen die Nachricht gebe, daß die Verhältnisse in der Darmstädter Klinik inzwischen eine Klärung erfahren haben. Herr Dr. Wolff hat sich nach vorausgegangenen Verhandlungen entschlossen, mit dem 1. Januar 1936 aus der Klinik auszutreten. Somit scheidet er auch aus dem Vertrag aus, den wir mit der Klinik laufen haben, so daß unser Vertrag in Zukunft ganz auf den Herrn Dr. Hoffmann, der die Klinik weiterführen wird, übergeht. Da die Spannungen zwischen Klinik und Öffentlichkeit und auch innerhalb der Klinik je länger desto unerquicklicher wurden – die Klinik wurde in der Öffentlichkeit als ein nichtarisches Haus angesehen – begrüßen wir die nunmehr erfolgte Klärung auch in unserem Interesse und vor allem im Interesse unserer dort arbeitenden Schwestern sehr.« Gott wolle die Arbeit dort weiterhin bestehen lassen.

⁷¹ Vgl. ADT 1-103, 7.

⁷² Vgl. ADT 7-04, 71: Brief an die Oberin vom 24.12.1935.

genden Bestimmungen vorlägen, von Seiten Tabeas keine Schwierigkeiten entstehen würden.

»Die Nürnberger Gesetzgebung enthält keinerlei Hinweise, daß es christlichen Schwestern verboten sei unter einem jüdischen Arzt zu arbeiten⁷³ und Sie werden wohl selbst wissen, daß es auch heute noch unzählige Privatkliniken gibt, in denen eine derartige Zusammenarbeit besteht. Ihre Angaben, daß die Klinik bewußt als ›jüdisch‹ herausgestellt wurde, beruht wohl auf unrichtiger Information – dagegen spricht auch die glänzende Belegzahl der Patienten von Herrn Dr. Hoffmann – zumal auch die Praxis meines Mannes sich zu 80-90% aus arischen Patienten zusammensetzt. Es ist außerdem statistisch nachgewiesen, daß die letzte jüd. Beschneidung vor etwa 3-4 Jahren stattgefunden hat. Dass gerade die Schwesternschaft, die durch uns hier ein Arbeitsfeld gefunden hat, den Anstoß zu unserem Niedergang gegeben hat, hat mich ebenso tief erschüttert, wie enttäuscht. Ich hätte unter den gegebenen Verhältnissen von Ihnen erwartet, daß Sie meinen Mann [...] unterstützt hätten und ihn nicht in die traurige Lage gebracht hätten. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß 11 Jahre gemeinsamer harmonischer Arbeit hätten genügen können, um Sie von diesem schwerwiegenden Schritt zurückzuhalten.«

Dieser Brief wurde wohl nicht beantwortet, denn die folgende Korrespondenz richtete sich allein an Dr. Hoffmann. Die Klinik wurde im Februar 1944 völlig zerstört.⁷⁴

4.3. Das Krankenhaus Tabea

Aus den Quellen wird ersichtlich, daß Tabea im »Dritten Reich« eine bemerkenswerte Ausweitung seiner Arbeitsfelder⁷⁵ gelang, verbunden mit der deutlichen Tendenz zum Aufbau eigener Arbeiten. Dies muß vor allem als Konsequenz der Auseinandersetzungen in Rothenburgsort und anderen Konflikten in »fremden« Tätigkeitsfeldern bzw. der Auswirkungen der Diktatur auf bestehende Arbeitsverhältnisse angesehen werden. Der endgültige Entschluß für den Bau eines Krankenhauses in Blankenese wurde dementsprechend mit dem dringenden Wunsch der Diakonissen nach einem eigenen Arbeitsfeldes begründet.⁷⁶ Im Rückblick auf das Jahr 1936 konnte über den guten Verlauf der Verhandlungen berich-

73 Diese Auffassung wird auch durch einen Rundbrief, ADT 2-01, 77 zur Berufsstunde vom 17.9.1935 gestützt. »Es sind auch Fragen aufgetaucht, ob die Bestimmung, weibliche Hausangestellte unter 45 Jahren in jüdischen Häusern nicht zu beschäftigen, sich auch auf Krankenschwestern bezieht.« Noch gebe es keine näheren Bestimmungen.

74 Vgl. Jahresbericht 1944, ADT 1-103, 5; vgl. FS 50 Jahre Tabea, 39: Neunzehn Jahre hindurch hatten dort Tabeaschwestern gearbeitet.

75 Vgl. u.a. PV II, ADT 1-02, 158: 14.3.1936 Kauf von Bad Sachsa; PV II, ADT 1-02, 160: 12.9.1936; Kauf von Klinik Dr. Hoffmann. PV II, ADT 1-02, 162: 6.10.1936; Bau von Klinik in Blankenese.

76 Vgl. PV II, ADT 1-02, 164 (endgültige Entscheidung für Blankenese). Vgl. a.a.O., 168 (vom 14.11.1936). Die Schwestern hätten den dringlichen Wunsch ausgesprochen, nicht immer in fremden Häusern, sondern im eigenen Krankenhaus arbeiten zu können.

tet werden, der durch »wohlwollende und ehrenwerte Freunde« Tabeas (allen voran ist hier wohl an Senator Ahrens⁷⁷ zu denken) erleichtert wurde.⁷⁸ Tabea konnte sich bei den Kontakten mit staatlichen Stellen auf seinen guten Ruf in der Öffentlichkeit beziehen.⁷⁹ Im Jahr 1937 geriet der Krankenhausbau jedoch unter eine »trübe Wolke«, zunächst wegen der Ablehnung des Antrags auf Eisen,⁸⁰ dann aber stand er wegen der Eingemeindung Altonas durch die neue Aufsichtsbehörde Hamburgs vor dem grundsätzlichen Aus.⁸¹ Lange und mühevollere Verhandlungen setzten ein,⁸² aber erst zu Beginn des Jahres 1938 ereignete sich die Wende zum Guten. Rückblickend schrieb Pohl über diese Zeit: »Die Hamburger Instanzen lehnten das Projekt grundsätzlich und entschieden ab, obwohl Tabea schon erhebliche Geldmittel aufgewendet hatte.«⁸³ Konfessionelle Krankenhäuser sollten nicht mehr gebaut werden. Die lange Wartezeit stellte s.E. die Verantwortlichen auf die Probe. »Alle Möglichkeiten von Verhandlungen wurden ergriffen. Man hörte nichts. Endlich – im Januar 1938 kam die Antwort: der Reichsstatthalter hat den Bau des geplanten Tabekrankenhauses ausnahmsweise genehmigt!«

Die Einzelheiten der Verhandlungen interessieren weniger als die zugunsten Tabeas angeführten Argumente, die ein gravierendes Maß an taktischer Anpassung und Geschick verraten. Ein Musterbeispiel dafür ist ein Brief des Direktors Pohl an Senator Ofterdinger vom 23. November 1937.⁸⁴ »38 Jahre lang hat das Diakonissenhaus in selbstloser Weise den deutschen Volksgenossen gedient und zwar ohne Rücksicht auf Rang und Stand und Religionsbekenntnis. Sie haben sich für die Erhaltung und Mehrung der Volkskraft große Verdienste erworben. Die Diakonissen bekennen sich ausnahmslos zum neuen Deutschland und zum Führer. Manche von ihnen haben schon vor der Machtübernahme die SA und die SS unterstützt.« [...] »Nachdem die Tabeaschwester 38 Jah-

⁷⁷ Vgl. ADT 4-01, 46: Brief 13.4.1937 Pohl an Oberbürgermeister der Stadt Altona. Hier wird die Fürsprache durch Senator Ahrens erwähnt, der sogar in Berlin bei den entscheidenden Stellen intervenierte, um den abgelehnten Eisenbedarf für den Krankenhausbau zu erreichen. Tabea erklärt in diesem Zusammenhang, daß das Krankenhaus in Kriegszeiten in besonderer Weise der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden würde.

⁷⁸ Vgl. Jahresbericht 1936, ADT 1-104, 2: »Wir dürfen wohl auch nicht verschweigen, mit welcher großer Sympathie die Öffentlichkeit in Blankenese unserem Vorhaben gegenübersteht.«

⁷⁹ Vgl. ADT 4-01, 25: Brief an Gesundheitsamt 18.1.1937.

⁸⁰ Vgl. a.a.O., 86; Brief Arbeitsbeschaffungsamt Hamburg an Tabea 21.10.1937: Ministerpräsident Generaloberst Göring hatte die Eisenzuteilung für Tabea abgelehnt. Das Vorhaben sollte zurückgestellt werden!

⁸¹ Vgl. Jahresbericht 1937, ADT 1-105, 7f; ADT 4-01: Nach der Eingemeindung wurde der Bau abgelehnt. Man versuchte, über Senator Ahrens zu intervenieren.

⁸² Vgl. ADT 4-01, 76: Brief Pohl an Arbeitsbeschaffungsamt 3.9.1937 mit der Begründung für den Krankenhausbau. Das Tabea Werk arbeite seit 40 Jahren »an der Erhaltung und Steigerung der Volkskraft«.

⁸³ FS 50 Jahre Tabea, 29.

⁸⁴ Vgl. ADT 4-01., 88.

re hindurch den deutschen Volksgenossen in selbstloser Hingabe gedient haben«, dürften sie ein Entgegenkommen der staatlichen Behörden erwarten. »209 Diakonissen blicken voll Vertrauen auf den Reichsstatthalter und sind der Überzeugung, daß ihr Vertrauen nicht enttäuscht wird.« Die Krise um den Stop des Krankenhausbaus führte die Verantwortlichen dazu, demonstrative Loyalität gegenüber dem NS-Staat zu üben. Die Akkommodation reichte bis zur Versicherung, daß die Führung des Hauses im nationalsozialistischen Sinne durch den Charakter und die Auswahl der Mitarbeiter sichergestellt werden würde.⁸⁵

Am 6. Januar 1938 wurden diese zähen Verhandlungen von Erfolg gekrönt.⁸⁶ Pohl konnte den Schwestern am 8. Februar 1938 bekanntgeben, daß nach langer Wartezeit der Bau in Blankenese schlußendlich doch noch genehmigt worden sei. Voller Stolz über die Anerkennung der baptistischen Diakonie berichtete er: »Wir genießen das Wohlwollen des Staates!«⁸⁷ Die Genehmigung zum Weiterbau beflügelte in Tabea die Loyalität gegenüber den staatlichen Behörden in fundamentaler Weise. Dabei ist zu beachten, daß die aggressive Religionspolitik des NS-Staates und die Politik der »Entkonfessionalisierung« des öffentlichen Lebens ab 1937 auf die kleinen Religionsgemeinschaften ausgeweitet und verschärft wurde. Während die Freikirchen daher zur Sicherung ihrer Existenz erneut Unionsverhandlungen aufnahmen,⁸⁸ gelang Tabea im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden die selbständige Ausweitung der Arbeit durch den Bau eines eigenen Krankenhauses.⁸⁹ Im Text der Urkunde für die Grundsteinlegung am 26. November 1938 spiegelt sich die Dankbarkeit und scheinbar rückhaltlose Bejahung des NS-Regimes:⁹⁰

»Als der Nationalsozialismus mit seinem Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Macht ergriff und somit den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufstieg des deutschen Volkes einleitete, erlebte bald der fast 20 Jahre ruhende Plan des Krankenhausbaus seine Auferstehung. Im 6. Jahr der Regierung Adolfs Hitlers, das durch die Errichtung des Großdeutschen Reiches die Erfüllung eines jahrtausendealten Sehnsens aller Deutschen brachte, darf nun auch der Plan des Krankenhauses seine Verwirklichung finden.«

85 Vgl. ADT 4-01, 93: Brief Pohl an Präsidenten der Staatlichen Gesundheitsbehörde 8.1.1938, Beschreibung des Bauvorhabens.

86 Vgl. ADT 4-01, BL 92; Brief Pohl an Architekten 6.1.1938: Die Genehmigung sei auch von Hamburg erteilt worden. Tabea dürfe soviel bauen wie es wolle.

87 Vgl. Rundbriefe ADT 2-02, 3: BS vom 8.2.1938; Vgl. ADT 4-01, 221: Brief Pohl an Makler 4.7.1938. Die Arbeit des Diakonissenhauses sei in der Öffentlichkeit von Achtung und Vertrauen geprägt. Es genieße neben den anderen anerkannten Schwesternverbänden im Dritten Reich die Anerkennung des Staates sowie dessen Schutz und Förderung.

88 Vgl. Strübind, Freikirche, 217ff.

89 Vgl. Jahresbericht 1938, ADT 1-106, 6f: Zur Grundsteinlegung am 26.11.1938: »Unsere Beziehungen zu den verschiedenen behördlichen Instanzen ist gut.«

90 Vgl. ADT 4-04, 9.

In seiner Ansprache zur Grundsteinlegung setzte Pohl diese Laudatio auch im Blick auf den Anschluß Österreichs fort.

»Mein Grußwort kann ich aber nicht schließen, ohne der großen Stunde zu gedenken, in der wir als deutsche Volksgenossen stehen. Ein Jahr ungeahnten Aufstieges im Innern, ein Jahr einzigartigen Triumphes auf außenpolitischem Gebiet und das Jahr, in dem sich unseren Blicken das Wunder Großdeutschland zeigt, wirkt in diese Stunde hinein. Auch möchten wir unserem Führer Adolf Hitler danken; denn was solange in der liberalistisch-demokratischen Epoche nicht möglich war, nämlich die Verwirklichung unseres Bauplanes, das ist nun möglich geworden im 6. Jahr nach der Machtergreifung Adolf Hitlers. Wir wissen, daß unserer Diakonie durch sein Eingreifen eine neue Stunde in einer großen und bedeutungsvollen Gegenwart geschenkt wurde. Gott segne unser Volk, Gott segne und erhalte unseren Führer. Unserem Führer Adolf Hitler Sieg Heil!«

Nach den zähen Verhandlungen, dem Verlust wichtiger Arbeitsfelder durch die NSV, den fortgesetzten Schikanen durch die braunen Schwestern und dem schweren Ringen um die Identität der Schwesternschaft erscheint dieses Bekenntnis im Rückblick unangebracht. Die Entscheidung, ob hier nur das taktische Kalkül oder auch echte Anerkennung vorlag, ist schwierig und muß wohl der Gesamtdeutung überlassen werden. Auch im Bericht über das Richtfest im Mai 1939 konnte voller Stolz über die »freundliche Anteilnahme« der Öffentlichkeit berichtet werden.⁹¹ Wie wenig diese Wertschätzung unter den Bedingungen des Krieges einbrachte, zeigten die Verhandlungen im September 1939, in denen man neben der Beschlagnahmung auch den erneuten Stop des Baus befürchtete.⁹² Tabea wurde jedoch als Reserve-Lazarett zunächst in die Kategorie »wehrwichtig« eingeordnet, so daß die Fertigstellung gefördert wurde.⁹³ Trotz mancher Kämpfe um das Baumaterial und die Ausstattung⁹⁴ konnte am 2. März 1940 das Krankenhaus in Betrieb genommen werden.⁹⁵

Analog zur Grundsteinlegung hielt Pohl vor der Festversammlung und den anwesenden Vertretern der Behörden und der Partei die Begrüßungsansprache anläßlich der Einweihung, verbunden mit einem an-

⁹¹ Vgl. Rundbriefe ADT 2-02, 34: BS 23.5.1939.

⁹² Vgl. ADT 4-01, BL 167: 19.9.1939. Ein Bericht über die Verhandlungen mit der Wehrmacht.

⁹³ Vgl. Rundbriefe ADT 2-02, 46: BS 5.9.1939. Die Gesundheitsverwaltung in Hamburg sehe den Bau des Krankenhauses als »wehrwichtig« an. Die Fördermittel seien zugesagt worden.

⁹⁴ Vgl. ADT 4-01, 74: 27.11.1939. Demnach sei die Wehrmacht nicht mehr sonderlich an Tabea interessiert und liefere keine Betten; Jahresbericht 1939, ADT 1-107, 6-7: Bericht über den Kampf um das Baumaterial für den Bau in Blankenese.

⁹⁵ ADT 4-04, 10, vom 30.1.1940 Einladung des Reichsstatthalters zur Einweihung. »Aus diesem Anlaß möchte ich Ihnen, Herr Reichsstatthalter, dafür danken, daß sie den Bau durch Ihre Genehmigung ermöglicht und verständnisvoll gefördert haben.«

schließenden »Siegheil« auf den Führer mit dem Hissen der Flagge.⁹⁶ Senator Ofterdinger, an den Pohl 1937 den »Brandbrief« zur Genehmigung geschrieben hatte, sprach ein Grußwort, ebenso auch Senator Ahrens, der einflußreiche Förderer Tabea, der während der Bauzeit immer wieder Fürsprache eingelegt hatte. Inmitten des Krieges schwelgte Tabea bei der Einweihung geradezu in öffentlicher Anerkennung! Die Ansprache von Carl Neuschäfer bot jedoch eine eindeutige biblische Orientierung, wobei in Auslegung von Mt 25,31-46 das Vorbild für den Dienst an Kranken, Behinderten und Sterbenden herausgestellt wurde.

Das Krankenhaus Tabea war in einem zähen Ringen, das für die Verantwortlichen mit vielen Mühen verbunden war, ertrotzt worden. Die pflegerischen Verdienste dieses Hauses zu benennen, ist hier nicht der Ort. Durch die Lautsprecheranlage in den Krankenzimmern wurden entgegen staatlicher Vorschriften auch während des Krieges regelmäßig Gottesdienste übertragen. Die Verhandlungen hatten Tabea jedoch in eine insgesamt defensive Rolle gegenüber den staatlichen Behörden gedrängt, die sie zu demonstrativer Loyalität verpflichtete und jede Form von Resistenz verhinderte.

4.4. Der Arierparagraph

Eine verbindliche Regelung zum sogenannten »Arierparagraphen« der NS-Regierung, der Nichtarier von allen öffentlichen Ämtern, »kulturellen Berufen« und privaten Berufsverbänden ausschloß, ließ sich im Quellenmaterial bis 1941 für Tabea nicht nachweisen. Die Schwestern wurden über die Rassengesetzgebung meistens unkommentiert in Rundbriefen informiert. Es ist dabei eine in der freikirchlichen Diakonie verbreitete Taktik auszumachen, wonach die Konkretisierung weiterreichender Bestimmungen auf den Arbeitsfeldern soweit wie möglich vermieden wurde. Man war bemüht, die Auswirkungen auf das Diakonissenhaus nicht durch allgemeine Richtlinien festzuschreiben. Mit Ausnahme der Vorgänge in Darmstadt reagierte man im Blick auf rassenpolitische Kriterien anscheinend nur auf direkte Vorgaben der Behörden.

Die zunehmende Behinderung der freien und kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen während des Krieges zwang jedoch auch Tabea mehrfach zu Satzungsänderungen.⁹⁷ In den auf Anweisung der Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg im Juni 1941 neu zu wählenden Prüfungsausschuß für Krankenpflege sollten nur Mitglieder mit einem »Ariernachweis« aufgenommen werden.⁹⁸ Eine Satzungsänderung vom November 1941

⁹⁶ Vgl. a.a.O., 43: Rundbrief an die Schwestern anlässlich der Einweihung 1940.

⁹⁷ Diese Änderungen wurden vor allem durch die Steuergesetzgebung notwendig.

⁹⁸ ADT 4-06, 34: Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg an Tabea 26.6.1941. Hierin wurde gefordert, daß die Mitglieder deutschen oder artverwandten Blutes sein müßten. Tabea leistet dem Verlangen Folge.

vermied in der Beschreibung der Aufgabengebiete Tabeas jedoch die ausdrückliche Erwähnung des Arierparagraphen. Als Ziel des Dienstes wurde die »Entsendung von Diakonissen zur Pflege von hilfsbedürftigen deutschen Volksgenossen ohne Rücksicht auf deren Stand und Religion«⁹⁹ genannt. Allerdings wird unter den Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft der Nachweis arischer Abstammung nunmehr genannt.¹⁰⁰ Offiziell wurden demnach auch in Tabea die Auflagen der »Judengesetzgebung« erfüllt, obwohl man bei der Anwendung auf das eigene Werk so lange wie möglich zögerte. In der überaus heiklen Judenfrage stand auch in Tabea die Sicherung des eigenen Werkes höher als das Eintreten gegen das Unrecht.

5. Der Krieg

5.1. Expansive Außenpolitik und Kriegsbegeisterung (1938/39)

Die großen außenpolitischen Erfolge Hitlers 1938/39 wurden auch in den Veröffentlichungen Tabeas enthusiastisch gefeiert. Die Leitung rief die Schwestern z.B. anlässlich des »Anschlusses Österreichs« auf, an Feiern auf den Stationen bzw. an den inszenierten öffentlichen Feiern teilzunehmen.¹⁰¹ Eine Woge der nationalen Begeisterung erfaßte, wie so viele Zeitgenossen, auch Tabea. In der Sudetenkrise dagegen wurde den Schwestern das »Einssein im Gebet für unseren Führer, für unser Volk und um den Frieden ...« ans Herz gelegt.¹⁰² Aus Dank gegen Gott und den Führer wurden nach der vorläufigen Beilegung der Kriegsgefahr Päckchen für die sudetendeutsche Bevölkerung versandt. Dagegen findet sich, wie in allen anderen freikirchlichen Publikationen auch, kein einziges Wort zur Reichspogromnacht am 9. November 1938.

Grundsätzlich wurde das Kriegsgeschehen – auch dies anlog zu den baptistischen Zeitschriften – gemäß der offiziellen Interpretation der NS-Propaganda ausgelegt. Als Beispiel dafür kann die erste Reaktion nach Kriegsausbruch über den Polenfeldzug im Rundbrief an die Schwestern vom 5. September 1939 herangezogen werden.¹⁰³ Durch die tapferen deutschen Soldaten sei die Ostgrenze »von der Gefahr, von Polen über-

⁹⁹ Vgl. PV II, ADT 1-02, 201.

¹⁰⁰ Vgl. a.a.O., 207ff: Satzung § 5: Erwerb der Mitgliedschaft. Danach konnte dem Werk beitreten »jeder deutsche Volksgenosse, der die Voraussetzungen zum Erwerb des vorläufigen Reichsbürgerrechts hinsichtlich seiner Abstammung erfüllt und unbescholten ist.« Vergleicht man diese Formulierung z.B. mit den eindeutigen rassistischen Bestimmungen des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort, so fällt hier die vorsichtige bzw. schwammige Formulierung auf.

¹⁰¹ Vgl. Rundbriefe ADT 2-02, 10: BS 5.4.1938. »Gott segne den Führer und unser Volk in dieser denkwürdigen Stunde.«

¹⁰² Vgl. Rundbrief ADT 2-02, 23: BS 29.9.1938, 11.

¹⁰³ Vgl. ADT 2-02, 46: BS 5.9.1939.

schwemmt zu werden, frei gemacht worden.«¹⁰⁴ Für Tabea, wie für alle übrigen diakonischen Einrichtungen, stand die Solidarität und Opferbereitschaft gegenüber der Kriegspolitik des NS-Staates nicht in Frage. Tabea stand für den »Dienst an Volk und Vaterland« bereit. Bei Kriegsausbruch wurden daher von der Leitung des Werkes dem Wehrkommando sofort 50 Schwestern zum Dienst an kranken und verwundeten Soldaten gemeldet. Die Loyalität gegenüber dem Vaterland führte zum aufopferungsvollen und entbehrungsreichen Dienst der Schwestern, die zum Lazarettdienst eingezogen wurden.

Das Gebet für Volk und Führer sowie die Begeisterung über erfolgreiche Feldzüge¹⁰⁵ fehlten in den Rundbriefen der ersten Kriegsmonate nicht. Analog zur Haltung der »Vereinigung Evangelischer Freikirchen« (VEF) zum gescheiterten Hitlerattentat vom November 1939 gab die Oberin ihrer Freude über das Scheitern des Vorhabens Ausdruck.¹⁰⁶

»Wir alle stehen wohl heute unter dem tiefen Eindruck der wunderbaren Bewahrung, die Gott unserem geliebten Führer zuteil werden ließ. Da wollen wir dessen eingedenk sein, daß auch unsere treue Fürbitte sich segnend um den Mann webt und für ihn zu Gottes Thron hindringt, der uns so sichtbar von Gott gegeben ist und durch seine starke Hand bewahrt wird. Wir wollen unserem Herrn danken für die wunderbare Rettung und ihn weiterhin bitten, daß er unseren Führer bewahren möge. Unvorstellbar, was für ein Leid über unser Land gekommen wäre, wenn den Attentätern ihr Werk gelungen wäre. O wie gross ist doch unser Gott!«

Auch in Tabea schwärmte man über die »welthistorische« Bedeutung der militärischen Anfangserfolge der Wehrmacht.¹⁰⁷ »Als dann das alte »Nun danket alle Gott« ertönte, da spürten wir, wie Zeit und Ewigkeit sich berührten.« Die Kriegbegeisterung findet ihren Ausdruck wie folgt: »Das hat der Herr getan, der sich zum Führer und zu seinen Soldaten sichtbar bekannt hat.« Der von der Oberin und dem Direktor unterschriebene Text rief die Schwestern dazu auf, sich »innerlich eins mit der Freude unseres Führers, unserer Truppen und unseres Volkes« zu machen. Auch als sich die feindlichen Luftangriffe im Herbst 1941 verstärkten, riefen die Verantwortlichen weiterhin zur Fürbitte für Volk und Führer auf.¹⁰⁸ Im Jahresbericht 1940 dagegen fehlte bereits diese uneingeschränkte Bejahung des Krieges, und Berichte über die gnädige Bewahrung in den vielen Luftangriffen auf Hamburg traten in den Vordergrund.¹⁰⁹

¹⁰⁴ Dennoch klingt auch in diesem Brief die Sehnsucht nach Frieden durch: »Wir bitten Gott, er möge den entfesselten Kampf zu einem guten Ende lenken und wenn möglich ihn so eindämmen, daß nicht noch weitere Völker in das furchtbare Blutvergießen hineingezogen werden.«

¹⁰⁵ Vgl. Rundbriefe, ADT 2-02, 59: BS 28.5.1940, 3.

¹⁰⁶ ADT 2-02, 50: BS 7.11.1939, 3.

¹⁰⁷ Vgl. ADT 2-02, 62: BS 25.6.1940. Man druckte sogar den Aufruf des Führers ab.

¹⁰⁸ Vgl. a.a.O., 70: BS 10.9.1940.

¹⁰⁹ Vgl. ADT 1-108.

Mit Kriegsbeginn verschärfte sich auch das staatliche Vorgehen gegen die freikirchlichen Diakoniewerke. Für Tabea zeigte sich diese repressive Politik, die zumeist mit dem Hinweis auf »Kriegsnotwendigkeiten« kaschiert wurde, in der Beschlagnahmung des Arbeitsfeldes in Heiligendamm,¹¹⁰ in den Auseinandersetzungen um den Krankenhausbau (s.o.) und den Auflagen zur Namensänderung.

5.2. Die Namensänderung

Ein besonders gravierender Eingriff des Staates in die Selbständigkeit der Diakonie war die Verordnung zur Abänderung der biblischen Namen der Werke in Bezeichnungen, die dem »Volksempfinden« näher stünden.¹¹¹ Bei dieser Anweisung handelte es sich erst um einen lokalen Vorgang in Hamburg, der später auf die gesamten Werke der Inneren Mission (IM) ausgeweitet wurde. In Tabea wurde dazu im Oktober 1940 zunächst beschlossen: »Zu gegebener Veranlassung beschließt der Vorstand, den Namen des Tabea-Werkes wie folgt zu ändern: »Emma Elsholz-Haus Mutterhaus für evangelische Diakonie und Krankenhaus.« Das Krankenhaus in Blankenese sollte dementsprechend »Emma Elsholz Krankenhaus« heißen.¹¹² Den Schwestern wurde anlässlich dieser schwerwiegenden Änderung begründend mitgeteilt: »In den letzten Wochen hatten wir wichtige Beratungen über die Frage, ob und welchen neuen Namen wir als Mutterhaus für die Zukunft tragen wollen. Die Änderung der fremdsprachigen Namen ist heute erwünscht und wurde auch von maßgebender Stelle nahegelegt. Alle Diakonissen- und Krankenhäuser Groß-Hamburgs haben sich grundsätzlich entschlossen, dem

¹¹⁰ Auf eine nähere Untersuchung wird hier aus Platzgründen verzichtet. Im Jahresbericht 1941 (ADT 1-109, 4-5) wurde die Beschlagnahmung mit einer notwendigen Einrichtung eines Sammelagers begründet. Das Haus in Heiligendamm wurde demnach für Umsiedler aus dem Osten beschlagnahmt. Trotz vorheriger Zusage wurde jedoch an Tabea keine Miete bezahlt. Auch sei bisher trotz aller Bemühungen keine Regelung gefunden worden. Die Beschlagnahmung wurde im Bericht mit deutlich kritischem Unterton dargestellt. In der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum (FS 50 Jahre Tabea, 35) wurde die Beschlagnahmeaktion, die sich 1939 gegen alle Heime der IM in Mecklenburg zugunsten der NS-Volkswohlfahrt ereignete, folgendermaßen beschrieben: »Einige Herren erschienen und eigneten sich über den Kopf der zentralen Mutterhausleitung das Verfügungsrecht über die Kasse und das Inventar an. Gegen den Protest der leitenden Schwester wurden die gesetzlichen Vertreter einfach ausgeschaltet.« Trotz der Beschwerde beschlagnahmt der Reichsführer der SS das Haus noch einmal im Jahr 1940. Die leitende Diakonisse betreute trotzdem die »entwurzelten« Menschen aus dem Osten. Die Informationen aus dem Rundbrief (ADT 2-02, 43; BS 8.8.1939, 3) und dem Jahresbericht von 1939 (ADT 1-107, 5) zeigen, daß die überfallartige Beschlagnahmung in Heiligendamm ohne Entschädigung der Anlaß für wichtige Verhandlungen im Reichsinnenministerium waren und zur Beunruhigung beitragen.

¹¹¹ Vgl. *Strübind*, Diakonie, 119ff.

¹¹² Vgl. PV II, ADT 1-02, 181: 12.10.1940. Die Quellen Tabeas enthalten interessante neue Aspekte zu diesem Thema, die hier aber nicht näher erläutert werden können.

Rechnung zu tragen. Wir in Tabea lieben unseren Tabea-Namen und möchten für alle Zukunft das bleiben, was wir unter diesem Namen geworden sind. Aber auch wir wollen an diesem Namen keinen fruchtlosen Kampf entbrennen lassen.«¹¹³

Offensichtlich gab es eine direkte Absprache innerhalb der evangelischen Diakonie Hamburgs, wie man sich zu diesem Erlaß verhalten sollte. Das erklärt auch die Übereinstimmung bei der neuen Namenswahl durch die baptistischen Diakonissenhäuser, die jeweils den Namen der vorangegangenen bzw. der noch amtierenden Oberin wählten. Die Namensänderung sollte jedoch erst in Kraft treten, wenn die Verhandlungen mit den Behörden abgeschlossen seien. Man war dabei sehr bemüht, den Schwestern die Zumutung der Namensänderung nahezubringen.¹¹⁴ Trotz aller Apologetik wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, daß laut Bescheid der Staatsverwaltung nicht die Mutterhäuser selbst, sondern nur deren diakonische Einrichtungen von der Namensänderung betroffen waren.¹¹⁵ Deshalb konnte Tabea seinen traditionellen Namen behalten, während das Krankenhaus nun in »Krankenhaus am Falkenstein« umbenannt wurde. Warum das Diakonissenhaus »Siloah« von dieser differenzierten staatlichen Bestimmung keinen Gebrauch machte, die eine Rückkehr ihres Mutterhauses zum biblischen Namen ermöglicht hätte, muß vorerst offenbleiben.

Gegen Ende des Jahres 1940 versuchte man angesichts der repressiven Politik gegen die freikirchliche Diakonie Sicherungen für das Vermögen satzungsgemäß zu verankern.¹¹⁶ Darüber hinaus begannen die baptistischen Diakonissenhäuser in der sich verschärfenden Kriegssituation en-

¹¹³ Rundbriefe ADT 2-02, BL 75: BS 12.11.1940, 4.

¹¹⁴ Vgl. a.a.O., 5: Der neue Name bringe etwas »Charakteristisches« und »Geschichtlich-Gewordenes« zum Ausdruck. Er unterstütze das Andenken an die Oberin. »In Bundeskreisen wird man bei diesem Namen auch immer wissen, daß es sich um Tabea in Altona handelt.« Der Titel »Mutterhaus für evangelische Diakonie« soll nicht nur auf die evangelische Kirche hinweisen, sondern auch auf das evangelische Bekenntnis.

¹¹⁵ Vgl. a.a.O., Brief 25.11.1940: »In der Angelegenheit der Namensänderung ist inzwischen eine neue Lage eingetreten. Die Verhandlungen haben ergeben, daß wir die Namen für unsere Mutterhäuser behalten dürfen, und daß nur noch neue Namen für die Krankenhäuser erforderlich sind. Dies haben wir in Tabea mit großer Freude begrüßt und können mitteilen, daß wir für unser Mutterhaus nach wie vor den Namen »Tabea« behalten werden.« Bezüglich des Krankenhauses gab es neue Überlegungen. Man entschloß sich sich für den Namen »Krankenhaus am Falkenstein«. Damit könne die Öffentlichkeit mehr anfangen. »Die hiesigen Schwestern konnten bereits mit großer Freude von der Beibehaltung des Namens unseres Mutterhauses Kenntnis nehmen [...]«; PV II, ADT 1-02, 182: 20.11.1940. Dies basierte auf einem fernmündlich herbeigeführten Beschluß (es bestand also große Eile). Die Staatsverwaltung von Hamburg hatte zunächst angeordnet, daß die Diakonissen- und Krankenhäuser ihre biblischen Namen ablegen sollen. Jetzt sei eine andere Entwicklung eingetreten.

¹¹⁶ Vgl. PV II, ADT 1-02, 181: 12.10.1940. Folgende Satzungsänderungen wurden beschlossen: Bei der Wahl des Direktors bedarf es der Zustimmung der Bundesleitung. Bei Auflösung fällt das Vermögen an den Bund, der es für mildtätige Zwecke zu verwenden habe.

ger zusammenzurücken.¹¹⁷ Tabea gelang es im Juni 1941, ein neues Gelände für das Mutterhaus zu erwerben.¹¹⁸ Trotz der sich verschärfenden Lage stand man auch weiterhin loyal zur Kriegspolitik: »Inzwischen haben wir die radikale Hinwendung zum totalen Krieg erlebt. Wir gedenken mit Ehrfurcht der Leistungen unserer tapferen Soldaten an allen Fronten. Eingedenk der Blutopfer, die sie für Deutschlands Befreiung gebracht haben, nehmen wir gern die Anspannung aller Kräfte auf uns. Wir bitten Gott um seinen gnädigen Beistand für Führer und Wehrmacht, damit unserem Volke aus diesem schweren Ringen eine leichtere Zukunft erwachse.«¹¹⁹ Stolz wurde berichtet, daß 13 Schwestern das Kriegsverdienstkreuz verliehen wurde. Im letzten Satz des Berichtes dachte man an die Kämpfer an der Front, nicht an den Führer, auch wenn man mit dem trotzigem Ausspruch schloß »bis der Sieg unser ist«! In den Jahren 1943-1945 wird in den Protokollen immer weniger über den inhaltlichen Verlauf der Sitzungen berichtet. Die verheerenden Auswirkungen der alliierten Luftangriffe auf Hamburg und andere deutsche Städte nehmen in den Jahresberichten der Folgejahre breiten Raum ein.¹²⁰ Das mißglückte Attentat vom 20. Juli fand keine Erwähnung, und auch die Fürbitte für den Führer wurde nicht mehr ausdrücklich genannt, während ganz allgemein zum »Gebet für die Obrigkeit« aufgefordert wurde.¹²¹ »Wenn je ein Volk das Gebet der Gotteskinder brauchte, so ist's in dieser Zeit.« Umkehr scheint geboten, weil »wir selber mitgesündigt haben und mit durch Buße und Beugung gehen müssen, wenn Gott sich unseres Volkes wieder erbarmen soll.« Am 16. März 1945 wurde die Tabea-Halle vollständig zerstört.¹²² Der Jahresbericht 1944 stellte auch die bange Frage nach dem Schicksal der Schwestern in den Ostgebieten: »Nehmen die schweren Leiden und Verluste unseres schwergeprüften Volkes bald ein Ende?«. Im März 1945 erging deshalb auch kein Aufruf mehr, weiterhin für den Sieg zu beten.

5.3. Die Rolle der Schwesternschaft

In den bisherigen Ausführungen wurde die Rolle der Schwesternschaft und ihre Einstellung zum Nationalsozialismus lediglich angedeutet. Sie läßt sich aus den Quellen nur schwer eruieren und müßte durch Zeit-

¹¹⁷ Vgl. PV II, ADT 1-02, 192: 5.11.1941. Dort wird über eine Sitzung mit Vertretern von Bethel und dem Albertinenhaus am 17.10.1941 berichtet. Es ging inhaltlich um die aktuellen Fragen der Gestaltung der Arbeit. Man wollte künftig mehr Werbung für die Diakonie im Bund und eine Schulung für alle drei Werke machen.

¹¹⁸ Vgl. PV II, ADT 1-02, 186: 18.6.1941.

¹¹⁹ Jahresbericht 1942, ADT 1-110, 7.

¹²⁰ Vgl. Jahresbericht 1943, ADT 1-111, 1ff. Hier findet sich ein teilweise einzigartiger Bericht über die Bombenangriffe auf Hamburg.

¹²¹ Vgl. ADT 2-03: BL 49, BS 5.2.1944.

¹²² Vgl. Jahresbericht 1944, ADT 1-113, 1.

zeugenbefragungen flankiert werden.¹²³ Deshalb sollen an dieser Stelle nur wenige Bemerkungen erfolgen. Aus den Rundbriefen wird wiederholt die Spannung deutlich, in der die Diakonissen standen, die in »fremden« Häusern eingesetzt waren. Die Auseinandersetzungen um die »braunen Schwestern« prägte oft ihren Alltag auf den Stationen. Bereits 1935 gab es eine Vereinbarung mit der NSV, wonach neue Stellen nur durch NS-Schwestern zu besetzen seien.¹²⁴ Der ungeheure Druck, der auf den Schwestern lastete, läßt sich aus der Forderung des Mutterhauses erkennen: »Von jeder Schwester muß deshalb erwartet werden, daß sie sich weder in ihren Leistungen noch in ihrem ganzen Benehmen von Nicht-Diakonissen übertreffen läßt.« Unter dem Thema »Wir werden nicht müde« sprach der Direktor daher vom täglichen Kampf einer Diakonisse: »Die Diakonisse wird nicht beachtet, anders die N.S. Schwester oder die Rote Kreuzschwester. Von ihr wird geschrieben und gesprochen, ihr Loblied erschallt in hohen Tönen. Übersehen werden, Beiseitesteher müssen macht müde.«

Die Schwestern versahen oft einen äußerst schweren Dienst in den vielfältigen Arbeitsfeldern Tabreas. Besondere Belastungen brachte die Kriegszeit mit sich. In welche Spannungen die Schwestern allein durch ihre Einsatzorte gerieten, läßt eine Information aus dem Jahr 1941 deutlich werden. »Der Gauamtsleitung der NSDAP Danzig wurden auf ihre Bitte drei Schwestern für den Gemeindegewerkschaftsdienst auf N.S. Schwesternstationen im Gau Westpreußen zur Verfügung gestellt [...]«. ¹²⁵ Die Zusammenarbeit erfolgte auf der Grundlage eines Vertrages, der zwischen der Diakoniegemeinschaft und der NSV abgeschlossen wurde und die Rechte des Mutterhauses wahrte. Eine ständige Auseinandersetzung, in der die Schwestern um die christliche Identität ihres Dienstes ringen mußten, war auf diese Weise vorprogrammiert. Besonders verschärfte sich die Situation ab 1941, dem Jahr der Kriegswende. In dieser Zeit trat der antichristliche Charakter des NS-Staates besonders deutlich auch im Blick auf die Diakonie hervor. Im Jahresbericht 1941 lautete es dementsprechend zur Lage der Schwesternschaft: »Obwohl die deutsche Volksgemeinschaft nur vom Dienen und Opfern bestehen kann, deuten die Verhältnisse im deutschen Schwesternwesen auf keine diakoniebehaltende Tendenz. Da haben unsere Schwestern das Los einer bescheidenen Magd zu teilen. ... Es gehört besonders heute viel Mut und eine starke Gewißheit zum Diakonissenweg, der genau so wie alles Christliche jetzt eine besondere Zeit

¹²³ Euphorische Bejahung des NS und kritische Anmerkungen zu seinem Totalanspruch auf den Menschen, insbesondere auf die Jugend, lassen sich für die Schwesternschaft nachweisen.

¹²⁴ Rundbriefe ADT 2-02, 11: BS 10.5.1938.

¹²⁵ Vgl. PV II, ADT 1-02, 197.

der Erprobung zu bestehen hat.«¹²⁶ Die Schwesternzahlen entwickelten sich in der zweiten Kriegshälfte noch ungünstiger.¹²⁷

5.4. Nach dem Krieg

In den Verlautbarungen nach dem Kriegsende fällt auf, daß Reflexionen über eine mögliche schuldhaftige Verstrickung in der NS-Diktatur fehlen. Man begann vielmehr sofort mit dem Wiederaufbau.¹²⁸ Das Nachkriegselend wurde zwar wiederholt beschrieben, aber man fand keine deutlichen Worte zur NS-Diktatur und ihren Greuelaten.¹²⁹

Zu Beginn des »Dritten Reiches« herrschte bei den Verantwortlichen in Tabea offensichtlich wenig Begeisterung für die neuen Machthaber. Vor allem Paul Pohl erkannte den antikirchlichen Charakter des Nationalsozialismus sehr früh. Der Weg Tabeas wurde zunächst durch eine innere Distanz zum NS sowie durch anfängliche Konflikte geprägt. Man lernte die radikalen Auswirkungen der NS-Revolution im Krankenpflegebereich sehr früh durch den Konflikt in Rothenburgsort kennen. Von Anfang an entwickelten sich in Tabea zwei Tendenzen: Nach außen beugte man sich ohne nennenswerten Widerstand den staatlichen Vorgaben. Der Weg in die zunehmende Anpassung und Akkommodation wurde zur Sicherung des bedrohten Werkes konsequent beschritten. Die Leitung Tabeas taktierte bzw. kooperierte mit staatlichen Behörden und nutzte alle Kontakte, um die Arbeiten Tabeas zu sichern oder auszubauen. Das zeigt besonders die Geschichte des Krankenhausbaus und die damit verbundenen öffentlichen Feiern. Dabei kam es auch zur Desolidarisierung von jüdischen Mitarbeitern, die als eine potentielle Gefährdung für ein Arbeitsfeld angesehen wurden. Man scheute sich nicht, in demonstrativer Loyalität gegenüber dem NS-Staat aufzutreten, und verwies stolz auf die nationale Gesinnung als Argumentationshilfe zur Sicherung von Privilegien und Rechten.

Nach innen aber versuchte man, die Schwestern über die Gefahren des totalitären Staates aufzuklären und pragmatisch auf die Gegenwart einzustellen. Außerordentlich kritisch und mutig äußerte man sich im Weltanschauungskampf gegen die völkische Ideologie und ihre Auswirkungen im Blick auf kranke und behinderte Menschen. Die biblischen Besinnungen und theologischen Vorträge, die den Schwestern vermittelt wurden, zeigen ein intensives Ringen um die christliche Identität des Werkes und den Zusammenhalt der Schwesternschaft, der durch die ständige Auseinandersetzung mit freien Schwesternschaften bedroht war.

¹²⁶ Jahresbericht 1941, ADT 1-109.

¹²⁷ Vgl. Jahresbericht 1942, ADT 1-110, 1. Dem Zugang von 11 Schwestern stand ein Abgang von 20 Schwestern gegenüber. Viele heirateten oder beabsichtigten, dies zu tun!

¹²⁸ Vgl. Jahresbericht 1945, ADT 1-114, 1.

¹²⁹ Vgl. FS 50 Jahre Tabea, 35.

Die Oberin schrieb 1949 rückblickend über die NS-Zeit und den Weltkrieg: »Die Welt wurde erfüllt von großen, lauten Worten und von heroischen Taten, über die viel gesprochen und geschrieben ward, die reich geehrt wurden. Damals harnte die kleiner gewordene Schar derer, die die Liebe Christi auch ferner zu ihrem Wohltun drang, an bescheidenen aber sehr anforderungsreichen Plätzen aus [...]«¹³⁰ Dieser Rückblick verweist zurecht auf den schweren Dienst und die Opferbereitschaft der Schwestern. Man rechnete sich nach dem Krieg zur Schar derer, die trotz Widrigkeiten und Verlockungen ihrer Berufung treu geblieben war. Dieses Urteil stimmt allerdings nur zum Teil, denn die Anpassung an den totalitären NS-Staat und den Zeitgeist verdunkelte auch Tabreas Dienst, der doch allen Menschen im Namen Jesu galt. Das Schweigen zum Unrecht des NS-Regimes und das Abrücken von den Opfern des Regimes muß angesichts der Weisungen des Evangeliums als schuldhaft und beschämend betrachtet werden. Aus dieser Geschichte des Leidens und Kämpfens, aber auch des Versagens und der Schuld zu lernen, bleibt eine Verpflichtung. »Und darum lag auch der Stempel des Menschlichen über dieser Geschichte, sowohl mit seinen Begrenztheiten und Unzulänglichkeiten, wie auch mit seinen weiten Möglichkeiten aus Gnade.«¹³¹

Abkürzungen

ADT	Archiv Diakoniewerk Tabea
BS	Berufsstunde
PV II	Protokollbuch II des Vorstandes/Verwaltungsrates
FS	Festschrift
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
HÄB	Hamburger Ärzteblatt

Bibliographie

A) Unveröffentlichte Quellen

Archiv Diakoniewerk Tabea, Bestände: 1-01; 1-02; 1-04; 1-102; 1-103; 1-104; 1-105; 1-106; 1-107; 1-108; 1-109; 1-110; 1-111; 1-113; 1-114; 2-01; 2-02; 2-03; 4-01; 4-04; 4-06; 7-04; 9-06;

Hamburger Staatsarchiv, Bestände: Amtsgericht Hamburg Vereinsregister, B 1997- Band 1; Zeitschriftenausschnittsammlung, A 834; Richard Sellmar Stiftung, B 361

¹³⁰ FS 50 Jahre Tabea, Kapitzki, 60.

¹³¹ E. Kapitzki, ebd.

B) Sekundärliteratur

- Diakoniewerk Tabea e.V.* (Hg.), Festschrift 50 Jahre Tabea, Hamburg 1949
 –, 100 Jahre Tabea: 1899-1999, Hamburg 1999 (bes. 92-121)
- Götz, A., Der Mord an behinderten Hamburger Kindern zwischen 1939 und 1945, in: *Ebbinghaus, A. / Kaupen-Haas, H. / Roth, K.H.*, Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, 147-155
- Katscher, L., Krankenpflege und »Drittes Reich«, Stuttgart 1990
- Kreßin, A., Die Entstehung der Hamburger Krankenanstalten, Hamburg 1959
- Ruhrmann, G. / Holthusen, W., Das Kinderkrankenhaus Hamburg-Rothenburgsort (1898-1982) – seine Entstehungsgeschichte und sein Ende, in: *Hamburger Ärzteblatt* 40 (1986), H. 10, 312-316; H. 11, 363-365; H. 12, 403-407
- Strübind, A., Diakonie der Freikirchen im NS-Staat, in: *Diakonie Jahrbuch* 1993, hg. von K.-H. Neukamm, Stuttgart 1993, 106-124
- , Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im »Dritten Reich«, Wuppertal / Kassel / Zürich ²1995
- Verein Kinderkrankenhaus Rothenburgsort* (Hg.), Festschrift 80 Jahre Kinderheilkunde in Rothenburgsort, Hamburg 1978

*Anhang: Wort des Vorstands des Diakoniewerkes Tabea e.V.*¹³²

Zum Verhalten Tabeas während der Zeit des Nationalsozialismus

Mit Betroffenheit und innerer Bewegung haben wir die historische Aufarbeitung zum Verhalten Tabeas während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zur Kenntnis genommen und machen sie uns zu eigen. Diese Vergegenwärtigung der Geschichte, unserer Geschichte in Tabea, bewahrt uns davor, vorschnell zu einer »Normalität« im Umgang hiermit zu flüchten. Vielmehr stellen wir uns die Frage: »Was geht uns das persönlich an? – Uns als heutige Verantwortungsträger in Tabea?«

Wir sind zu jener Zeit Kinder gewesen bzw. erst nach 1945 geboren. Insofern trifft uns keine Schuld, die aus einer Kollektivschuld abzuleiten wäre. Zu gut kennen wir uns jedoch, um nicht zu befürchten, daß auch wir möglicherweise »gregorianisch gesungen statt über das Unrecht geschrien« (Dietrich Bonhoeffer) hätten. Wir stellen uns aber heute bewußt der Kollektiv-Verantwortung. Wir weichen der Last der Geschichte nicht aus, sondern stellen uns unter sie.

¹³² Zit. nach: *Diakoniewerk Tabea*, 100 Jahre Tabea, 92. – Dieses Wort geht nicht auf die Verfasserin zurück, sondern verdankt sich in allen Teilen der Einsicht und dem freien Entschluß des Vorstands des Dakoniewerkes Tabea e.V.

Aus der Geschichte wollen wir lernen

1. Wir Christen wollen und können uns nicht von den jüdischen Wurzeln lösen, aus denen unser Glaube genährt wird. Der Gott Israels ist der Vater Jesu Christi. Folglich bleiben wir mit Gott an die reale Geschichte Israels gebunden.
2. Wir sind davon überzeugt, daß Erinnerung allein noch nicht zur Versöhnung führt. Daher suchen wir Begegnungen zwischen Menschen.
3. Unser Gedenken soll zum Handeln führen. Wir wollen als Christen nicht nur an die Nachfolge Christi glauben, sondern sie auch praktizieren. Wo müssen wir heute an der Seite der Unterdrückten und Benachteiligten stehen? Wo die Stimme der Verstummten sein? Wo können wir heute etwas wiedergutmachen oder vorbeugen im Blick auf Benachteiligte?

Wir wissen uns einig mit unseren Müttern und Vätern in Christus in dem Gebet, das Jesus Christus seine Jünger lehrte zu beten: »Und vergib uns unsere Verschuldungen, wie auch wir sie unseren Schuldnern vergeben haben« (Matthäus 6,12). Wir vertrauen auf die Zusage Jesu Christi in diesem Zusammenhang, der sagt: »Denn wenn ihr den Menschen ihre Verfehlungen vergebt, so wird euer himmlischer Vater sie euch auch vergeben. Wenn ihr sie aber den Menschen nicht vergebt, so wird euer Vater auch eure Verfehlungen nicht vergeben« (Matthäus 6,14.15).

Der Vorstand des Diakoniewerkes Tabea e.V.

*Emanuel Brandt
Lutz Buchheister
Anneliese Kirschner
Holger Malessa
Helga Sanow*